

- **Roter Teppich für „graue Revolution“**
Seniorenpolitische Konferenz im Rathaus über ein Leben mit Bedürfnissen und Ansprüchen Seite 3
- **Dann klicken die Handschellen**
Was einem so alles im Alltag passieren könnte Seite 7
- **Wer Terrorismus nicht definieren kann**
... kann ihn auch nicht bekämpfen, sagte Oskar Lafontaine in seiner Bundestagsrede zur Haushaltsdebatte um den Etat des Kanzleramtes Seiten 8/9
- **Jeder der Gleichen begeht ...**
... sollte künftig ebenso wie die Nazi- und Kriegsverbrecher bestraft werden. Lehren aus dem Nürnberger Prozess vor 60 Jahren Seite 12



Narren- hände?

DEUTSCHLAND MUSS VERLIEREN!

DEUTSCHLAND MUSS VERLIEREN! – das schrieb wohl einer an eine Leipziger Hauswand, der den Fußball-WM-Rummel und das scheinpatriotische Deutschland-Gedöns gründlich satt hatte. Die WM ist fast vergessen, die Schriftzeile, nun ihres zeitlichen Bezugs beraubt, wird manchen Passanten dennoch weiterhin zu mancher Überlegung anregen. Auch zu der, dass es halt doch nicht nur Narrenhände sind, die Tisch und Wände beschmierern?

Wer und was aber ist Deutschland? Siemens oder DaimlerCrysler werden nicht verlieren. Selbst die Telekom nicht, mögen ihre Aktien noch so berg- und talfahren. Politisch etwas korrekter wäre also eine längerfristig gültige Losung (auch wenn dem Graffiti-Maler danach kaum der Sinn stand): SEHR VIELE DEUTSCHE WERDEN VERLIEREN.

Wenn aber sehr viele Deutsche auf der Verliererstrecke sind, dann wird trotz alledem auch Deutschland als Ganzes verlieren.

Am Sonntag zur Wahl in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben all die verloren, die mit unkluger bis sarkastisch arroganter Politik Vertrauen verspielt haben.

Mitregieren bei den Linken ist – zumindest in Berlin – drastisch abgestraft worden. Die Partei, nicht nur durch die WASG-Querelen geschwächt, setzt inzwischen sogar den Bonus aufs Spiel, als kleineres Übel gewählt zu werden. Die Wählerströme zeigen

es. Die meisten Stimmen verlor die Linkspartei. PDS an die einflusslose Massenpartei der Nichtwähler, an Enttäuschte, die anderswo erst recht keine Alternative finden und die sich ihrer Chance beraubt sehen, sich wenigstens per Stimmzettel einzumischen.

Diesen schlimmen Verlust für viele Wähler und Bürger kann man nicht wegwischen, wie es Gregor Gysi am Wahlabend etwas selbstgefällig über die

Deutschland wird verlieren, wenn ...

offenbar doch nicht akzeptierte Mitregierungs-Politik tat.

CDU und SPD haben ebenfalls die mageren Ernten eingefahren, die auf ihrer Politik nur wachsen konnten. Wobei sich im Grunde genommen zeigte, was alle Wahlen hierzulande ausmacht: Sehr viele Wähler entscheiden sich mit ihrem Kreuzchen nicht unbedingt für, sondern trotzig gegen eine Partei. Am schlimmsten ist das, wenn Nazis von solcher Frustration profitieren, wenn vor allem junge Leute, chancen- und perspektivlos, die Gefahr nicht einmal mehr kennen, die sie da in ihrem ja trotz alledem berechtigten Zorn heraufbeschwören.

Deutschland hat schon einmal an die Nazis verloren. Auch wenn das in dieser Form nie wieder pas-

siert, Deutschland wird dennoch verlieren, wenn seine Politiker weiter denen dienen, die ohnehin nicht zu den Verlierern gehören.

Deutschland – was sich hinter diesem Gebilde auch alles ausmachen lässt – hatte geglaubt, der 3. Oktober 1990 sei ein großer Gewinn gewesen. Inzwischen wird abgerechnet und verglichen. Und die Bilanzen sind – sieht man von den Treuhands-Hassardeuren und den Milliarden-Geschenken aus ostdeutschen Vermögen an sie ab – vernichtend: Fast totaler Industrieabbau im Osten, damit einhergehender millionenfacher Arbeitsplatzabbau, deutschlandweiter hochgradig menschenfeindlicher Sozialabbau, Bildungsmisere, Kollaps des Gesundheitswesens, aggressive Militarisierung der Politik ...

Eine Karikatur vom ersten Jahrestag der „Wiedervereinigung“ zeigte Kohl unter einem Baum, aus dem ihm wie eine überreife Frucht die DDR in den Schoß fällt. Was haben Politiker aus diesem Geschenk – und auch aus den Hoffnungen der Deutschen – gemacht! Ungestraft! Denn diese Mischlinge von SPDCDUDFDPGünen verlieren ja nicht wirklich, sie wechseln sich höchstens ab.

Was die Linkspartei betrifft, vielleicht brauchte sie die Niederlage von Berlin wie die Ermutigung von Mecklenburg-Vorpommern, um sich auf ihre Aufgabe zu besinnen – diesem Staat alle nur erdenkliche konstruktive Opposition entgegenzusetzen!

• MAXI WARTELSTEINER

Auf ein Wort bitte



RALF SCHÄFER
attac

Was ist dran an diesen Berichten? Reflexartig möchte man sagen: nicht viel. Das trifft es zwar insgesamt. Doch eines ist auch klar: Nach einer euphorischen Anfangsphase kommt irgendwann die Normalität. Die „Mühen der Ebene“ sind ist nichts attac-Spezifisches. Gleichwohl bergen sie für attac besondere Gefahren. Denn

Und das kann zu Resignation führen. Allerdings muss man einräumen, dass es auch kaum Alternativen gibt. Attac ist zu klein, um selbst Diskurse anzustoßen und revolutionärere Töne werden in den Medien einfach unterdrückt.

Eine zweite Gefahr offenbart sich beim Blick in den Westen. In Frankreich, dem Ursprungsland von attac tobt ein heftiger Richtungsstreit. Die Vorstellungen gehen auf der einen Seite

Das verflixte sechste Jahr?

das, was die globalisierungskritische Bewegung verbindet, ist der Glaube, dass eine andere Welt möglich ist. Weshalb sich viele Diskurse weiterhin um Weltwirtschaftsordnung, globale Institutionen oder andere Gesellschaftsmodelle drehen. Demgegenüber setzen die öffentlichen Aktionen meist im Kleinen an. Ob man die Kampagne gegen Vodafone nimmt, bei der es darum ging, dass der Konzern ordentlich Steuern bezahlen soll. Oder die LIDL-Kampagne, gegen die soziale und ökologische Ausbeutung des Discounters. Ferner die aktuelle Kampagne gegen die Bahn-Privatisierung. All diese Kampagnen haben eines gemeinsam: Sie versuchen „nur“ das Bestehende zu bewahren. Der emanzipatorische Stachel ist nur mit gutem Willen sichtbar. Es besteht eine Diskrepanz zwischen dem Glauben an eine andere Welt und dem Aktionsalltag.

in Richtung loser Zusammenschluss von Basisgruppen, auf der anderen Seite in Richtung europäische Partei. Tragischerweise müsste attac letzteren Weg gehen, wollte es wirklich Gestaltungsmacht erlangen. Tragisch, weil es dabei die Seele verlieren würde. Auch dieser Widerspruch (Macht oder Demokratie) ist keine Eigenheit von attac, sondern gesellschaftlich. Es bedürfte des mündigen Bürgers, wie ihn Adorno bezeichnete, um den Widerspruch ansatzweise aufzulösen. Doch daran haben die Herrschenden kein Interesse und die Entwicklungen in der Bildungspolitik verheißen nichts Gutes.

Was kann attac tun? Vor allem weiterhin punktuell intervenieren. Den großen Bruch werden wir dadurch nicht auslösen. Aber falls er irgendwann kommt, sollten wir mündig sein. Und dafür bleibt noch genug zu tun.



Blöde Pressefreiheit

Was ist einem Sachsen-Wirtschaftsminister Jurk schon die Pressefreiheit. Den Begriff von der ohnehin selten gewordenen Wächterfunktion der Medien schert ihn gleich gar nicht. Darum hat er erst einmal Strafanzeige gegen diejenigen gestellt, die der Linkspartei Ende Juli die Unterlagen über die Kostenexplosion beim Leipziger City-Tunnel zuspielten. Damit ist sein Ärger immer noch nicht verrauchet. Arrogant, wie man in Dresden regiert, verunglimpfte der Minister den Überbringer der schlechten Nachricht an die Presse, die Linkspartei.PDS, schon mal als „Handlanger von Preistreibern“. Übrigens – nicht nur Päpste müssen sich entschuldigen ...

Beispiel für linke Kommunalpolitik

LN. Haushaltssicherung und Privatisierung von städtischem Tafelsilber scheinen heutzutage eng miteinander verknüpft. Allein die prinzipiell sozial orientierte Linkspartei sieht das nicht so. Die Vorsitzende der Leipziger Stadtratsfraktion, Dr. Ilse Lauter, wandte sich deshalb mit einem Brief an OBM Burkhard Jung. Von seiner Antwort auf 10 Fragen „wird die weitere Diskussion in der Fraktion wesentlich beeinflusst werden“. Denn: „Kommunales Eigentum ist durch Jahrhunderte langes bürgerschaftliches Engagement entstanden und gehört zum Erbe unserer Vorfahren. Damit ist sehr sorgsam umzugehen.“

Vor allem kritisiert die Linksfraktion, dass beim „Umgang mit ausgewählten Beteiligungen nicht ergebnisoffen geprüft, sondern offenkundig nur noch die Umsetzung der Veräußerungsvorschläge eingeleitet“ wird. Die erste Frage an den OBM ist deshalb die nach der ausgebliebenen Konzeption der „eigentümergeprägten Oberziele für die Stadtwerke Leipzig“. Das klingt kompliziert, ist aber „unabdingbare Voraussetzung für die Entscheidung über eine Privatisierung, die in ihrer Bedeutung für Daseinsvorsorge als auch Strategie der Stadt kaum zu unterschätzen ist.“ Kurz, ohne diese Diskussion lehnen die Linken eine Entscheidung zum Anteilsverkauf als überstürzt und vorschnell ab. Weitere Fragen beschäftigen sich mit dem Zielkatalog (ohne den eine spätere Auswahl aus verschiedenen Privatisierungsoptionen und verschiedenen Investoren nicht möglich sei), und mit der „Überzeugung, dass für die SWL eine strategische Partnerschaft notwendig sei“. „Nach unserer Information“ so heißt es in dem Brief, „sind die Stadtwerke Leipzig ein wirtschaftlich gut aufgestelltes Unternehmen: Der LVV-Konzernplan 2006 sieht für die SWL eine Steigerung der Umsatzerlöse um 144 Prozent in den Jahren 2006 bis 2009 vor. Die geplanten Gewinne belaufen sich im gleichen Zeitraum auf 156 Mio. Euro. Für eine ab 2008 geplante Investition in Höhe von 100 Mio. Euro heißt es: ‚Unter der Annahme weiter steigender Strompreise sind die Rendite-Erwartungen für diese Investition gesichert.‘“

Schließlich, so geben die Linken zu bedenken, ging die Stadt schon einige Male strategische Partnerschaften ein, „die gerade auch im Fall Stadtwerke wieder gelöst wurden. Daher halten wir es für zu kurz gegriffen, wenn neue strategische Partnerschaften ohne eine vorher erfolgte kritische Analyse der bisherigen Erfahrungen angestrebt werden.“ Nicht zuletzt interessieren die Kriterien hinsichtlich der Höhe des Kaufpreises und seiner Verwendung: „Welche Auswirkungen sind zu erwarten für die Bürger, für den regionalen Arbeitsmarkt, für den Ausbildungsmarkt, für die mittelständische Wirtschaft?“

Am 11. September luden LVB und die Stadtratsfraktion der Linkspartei zur Anhörung über den neuen Nahverkehrsplan.

Gerade zum 1. August hatte die LVB mal wieder die Preise erhöht. Die Einzelkarte auf 1,80 Euro, das Azubi-Ticket auf 35 Euro, die Monatskarte auf 45 Euro erhöht, das Schülerticket gilt nicht mehr für die S-Bahn. Das Sozialticket, auf das bisher Rentner mit Leipzig-Pass einen Anspruch hatten, wird abgeschafft.

Deshalb stand auch die Montagsdemo am 11. September unter dem Motto „Für ein echtes Sozialticket“ oder „Kein Sozialticket? –Ich fahre schwarz!“

Nach der Montagsdemo fuhren viele Montagsdemonstranten zur Anhörung. LVB-Chef Jost hätte das Thema Tarife gerne ausgespart, das war nun nicht mehr möglich. Fragen nach Erhalt von Strecken und Leistungen wurden eher ausweichend beantwortet und durch allgemeine Willenserklärungen abgewiegelt. Insgesamt: Niemand hat die Absicht eine Strecke zu streichen. Sollte der City-Tunnel doch irgendwann einmal fertig gestellt werden, ist aber alles wieder unklar.

Doch dann hagelte es Fragen nach den Tarifen. Der Verweis auf das T-Mobile-Ticket (ein Wahlkampftrick des damaligen OBM-Kandidaten

Tarife kein Thema

Montagsdemo: „Kein Sozialticket? –Ich fahre schwarz!“



Die Linksfraktion hatte zu einer Anhörung über LVB-Pläne geladen. Foto: Ulrich

(Tiefensee) konnte schon dadurch ad absurdum geführt werden, dass ein Arbeitsloser flexibel sein muss und es nicht nutzen kann. Alte und Kranke müssen fahren, wenn sie den Arzttermin haben, nicht wenn das Ticket gerade mal wieder gilt.

Die Antwort auf die Fragen nach dem Sozialticket war einfach: Die LVB ist privatwirtschaftlich organisiert und kein Wohlfahrtsverein!

Die Sache mit den Ein-Euro-Busbegleitern ist wohl ernst gemeint. Das kam so nebenbei heraus. Da hatte man das mit „privatwirtschaftlich“ und „kein Wohlfahrtsverein“

wieder vergessen.

Eine Zuhörerin, die seit Jahren in sozialen Vereinen tätig ist stellte fest: „Im sozialen Bereich werden ABM- und Ein-Euro-Stellen gestrichen. Für die LVB ist auf einmal Geld da. In Bayern, wo ich lange gelebt habe, nennt man das Amigoaffäre!“

Auf dieses Statement konnte nichts erwidert werden.

Das Schlusswort hielt der Vertreter der Linksfraktion Reiner Engelmann. Nach diesem Verlauf sah auch er sich genötigt, von erträglichen Tarifen zu sprechen, was eigentlich kein Thema sein sollte. • THOMAS BLOCH

LESER MEINEN

Dass die Ausstellung kein „museales Basta“ sei, wird Direktor Hans Werner Schmidt in der LVZ zitiert, als er die Ausstellung mit dem Bild Werner Tübkes „Arbeiterklasse und Intelligenz“ im Leipziger Bildermuseum eröffnete. Es mag sein Geheimnis sein, was darunter zu verstehen ist. Hoffentlich wollte er damit nicht die dümmliche Debatte bedienen, wie man überhaupt ein Bild mit dem „verewigten SED-Bezirkschef Paul Fröhlich“ habe malen und nun sogar ausstellen können, „unter dessen Regime die Paulinerkirche gesprengt wurde, Professoren, Studenten und Künstler hinter Gitter kamen“. Solche Figuren

mit dem Charme eines preußischen Feldwebels hat jeder Machtwechsel hervorgebracht.

Ich befürchte, dass diese Diskussion dennoch weitergeht. LVZ-Redakteur Kleindienst hat mehr oder weniger den Hinweis auf Fortsetzung gegeben, und zwar mit seiner Bemerkung, dass die Neugestaltung des UniCampus „Werke wie das Marx-Relief, das als seltsam-selbstverständliche Kunst am Bau den Zeitriss überdauerte“, ins Ortsgespräch gerückt habe.

Ich wünschte, diese Herren, die sich wegen des gemalten Fröhlichs auf einem Kunstwerk Werner Tübkes so

in Rage gebracht haben und gleichzeitig einen großen deutschen Künstler diffamieren, würden nicht nur die Sprengung der Paulinerkirche als „unangebrachte“ Handlung der Machthaber verurteilen, sondern auch ebenso den Abriss des Palastes der Republik. In Leipzig war es eben der Vertreter der damaligen Machthaber und in Berlin ist es eine despotische Entscheidung der uns übergestülpten Gesellschaft. Ich sehe zwischen beiden sinnlosen Handlungen Machtausübender keinen Unterschied.

SIEGFRIED MÜLLER
LEIPZIG

Roter Teppich für „graue Revolution“?

Vierzig Jahre sind das Alter der Jugend, fünfzig Jahre sind die Jugend des Alters.

Victor Hugo (er wurde 83 Jahre)

Das Alter, ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen, war Gegenstand der vierten Seniorenpolitischen Konferenz.

Die Fraktion im Leipziger Stadtrat und der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS hatten für den 13. September in den Festsaal des Neuen Rathauses eingeladen.

Nicht gerade leichtfüßig stiegen zumindest einige der Konferenzteilnehmer die vielen roten Teppichstufen im Neuen Rathaus hinauf. Aber: Schon Minuten später sah ich beispielsweise eine ältere, zuvor leicht gebückt gehende Frau auf der Bühne des Festsaales. Als Mitglied des Seniorenkabarets war sie wie verwandelt und offenbar in einen Jungbrunnen gefallen. Da standen vier junge Alte oder alte Junge zu Beginn auf den Brettern, die die Welt bedeuten, mit einem 40-minütigen Non-Stop-Programm. Kaum ein Thema wurde da ausgespart: Rente und Rentner, Medien und Politiker, Kinder und Enkel, Lebensängste und Lebenshoffnungen. Die Wirkung: Lachfalten und Nachdenken bei den anderen Konferenzteilnehmern im Parkett.

Nicht endlose Statistiken, sondern allein der Fakt,

alpolitische Sprecher der Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag warnte davor, die Jungen gegen die Alten und die Alten gegen die Jungen auszuspielen. „Armut ist auch in Leipzig schon längst nicht mehr an ein Geburtsdatum gebunden.“ Reichtum übrigens auch nicht. Stattdessen vergessen gerade zunehmend jüngere Politiker aus den so genannten C-Parteien offenbar den christlichen Grundsatz: Du sollst Vater und Mutter ehren.

Schon längere Zeit wird in diesen Kreisen getestet, wie weit man dieses unwürdige Spiel vor aller Augen und Ohren treiben kann. Widerstand ist da bitter nötig. Seit über 13 Jahren besteht die AG Senioren der Linkspartei.PDS. „Für ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben“, lautet das gewählte Motto. Aber da wird auch weit über den eigenen Tellerand geschaut, denn eine Gesellschaft, die Mil-



Das Alter hat seine Schönheit, keine von Leidenschaften, Gefühlsausbrüchen geprägte, sondern eine erlöschende, beruhigende Schönheit.

Alexander Herzen (1812–1870)

Es wird behauptet:

Ältere leben zunehmend auf Kosten der jüngeren Generation.

Tatsache ist:

Die heutigen „Alten“ haben das Land nach dem Zweiten Weltkrieg unter großen Entbehrungen wieder aufgebaut und durch ihre Arbeit in Ost und West dafür gesorgt, dass die „Jüngeren“ in einer wohlhabenden Gesellschaft leben können. Aus dieser Lebensleistung erwächst der Anspruch auf eine auskömmliche Altersversorgung. Die „Alten“ von heute unterstützen bereits jetzt ihre Kinder und Enkel mit jährlich 10 Milliarden Euro. Darüber hinaus erbringen sie im bürgerschaftlichen Engagement pro Jahr Leistungen von über 40 Milliarden Euro. Gerade die Älteren haben Solidarität gelebt und daher auch einen solidari-schen Lebensabend verdient.

dass Bundespräsident von Weizsäcker 1986 rund 900 Glückwunschtelegramme zum 100. Geburtstag verschickte und nun Horst Köhler im vergangenen Jahr bereits 4363 Mal gratulierte, beweist: Das vereinte Deutschland wird älter. Da kann man auch der DDR wahrlich nichts in die Schuhe schieben, obwohl sie nun mitgezählt wird.

Die mediale Wahrnehmung geht aber gegenwärtig in andere Richtungen. Lang ist es her, dass die UNO 1999 als Jahr der älteren Generation ausrief. Inzwischen längst vergessen. Vom wichtigen Kölner Seniorentag mit immerhin 20 000 Teilnehmern nahmen in diesem Jahr ARD und ZDF kaum Notiz.

Peter Kätzel, Vizepräsident der Volkssolidarität Sachsen, betonte, dass bestimmte Meinungsmacher in Wort und Schrift offenbar ein Interesse haben, älteren Menschen ihre Würde und das Recht auf Selbstbestimmung auszureden oder sie einfach zu übersehen und größtenteils nur noch als „unbezahlbaren“ Pflegefall wahrzunehmen. Er plädierte in diesem Zusammenhang zwar nicht für eine „graue Revolution“, aber doch für kämpferische Ermunterung, sich in die sozialen Angelegenheiten dieser Gesellschaft wieder weitaus stärker einzumischen. „Um uns selber müssen wir uns schon selber kümmern, denn Politiker setzen höchstens die Rahmenbedingungen.“

Über das Miteinander und Gegeneinander der Generationen sprach Dr. Dietmar Pellmann. Der sozi-

alpolitische Sprecher der Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag warnte davor, die Jungen gegen die Alten und die Alten gegen die Jungen auszuspielen. „Armut ist auch in Leipzig schon längst nicht mehr an ein Geburtsdatum gebunden.“ Reichtum übrigens auch nicht. Stattdessen vergessen gerade zunehmend jüngere Politiker aus den so genannten C-Parteien offenbar den christlichen Grundsatz: Du sollst Vater und Mutter ehren.

Forderungen der Arbeitsgemeinschaft:

- SOLIDARISCHE BÜRGERVERSICHERUNG. „Wer mehr hat, soll mehr geben.“ Daher müssen die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme erheblich gestärkt werden, indem alle einzahlen und auch sämtliche Einkünfte herangezogen werden.
- FRIEDENSSICHERUNG STATT MILITÄREINSÄTZE. Gerade wir Älteren wissen, was Krieg bedeutet, viele von uns haben ihn noch hautnah erlebt.
- EXISTENZSICHERNDE ARBEITSPLÄTZE. Nur eine Gesellschaft, die Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert hat auch für Ältere eine Perspektive.
- BILDUNGSSCHANCEN FÜR ALLE. Keine Benachteiligung von Kindern mit niedrigem Einkommen der Eltern. Gemeinsames Lernen bis zur 8. Klasse. Keine Bildungskleinstateerei.

Was rief eine der vier Kabarettunentwegten an diesem Vormittag von der Bühne ins Publikum: 120 Jahre wollen wir werden!

Das war nicht als Drohung zu verstehen, sondern als Lust aufs Mittun und Miteinmischen in dieses Leben. Denn sonst bestünde das Leben nur aus Langleweile und Müßiggang.



Wie alt man gerade geworden ist, sieht man an den Gesichtern derer, die man jung gekannt hat.

Heinrich Böll (1917–1985)



Solange ein Mensch noch ein Ziel vor Augen hat, das er erreichen muss, noch eine Aufgabe vor sich sieht, die er unter Einsatz aller seiner Kräfte lösen muss, so lange wird er nicht wirklich alt.

Fritz Selbmann (1899–1975)

Fotos: Gerhard Märker



Agentur(un)kultur

Beim Vorsprechen in der Arbeitsagentur zunächst die erfreuliche Information: Auch Hartz IV-Empfänger ohne Leistungen können sich auf Kosten der Agentur weiterbilden. Wer sucht, der findet ... auch im Internet. Ein Lehrgang, passend für mich, noch dazu bei Leipziger Bildungsträgern. Das Problem: Der Lehrgang ist schon einen Tag alt.

Man weiß ja nie ... Deshalb ein Anruf in dieser Angelegenheit bei der AA. Natürlich im Call-Center gelandet (auf altddeutsch Telefonzentrale ?) und bevor ich frage, von dort die Frage „Sie wünschen?“

Meine Antwort: „Meinen Arbeitsberater“

Die nächste Frage: „Was wollen Sie von ihm?“ Nach Angabe der „Kundennummer“ und meiner Gründe – Lehrgang gefunden ... leider schon angefangen ... trotzdem daran interessiert, weil ich nur einen Tag versäumen würde, – folgt der schöne Satz: „Ihr Arbeitsberater ruft Sie zurück.“

Ich entgegne: „Ich bin heute Vormittag nicht zu Hause.“ Darauf folgt der diskrete Hinweis: „Wollen Sie etwas von uns, oder wie?“ Also Angabe, wo ich zu finden bin – telefonisch. Sofort die Nachfrage: „Arbeiten Sie im Nebenjob!“ Auch darauf geantwortet. Dann Schlusssatz aus der Telefonzentrale der Arbeitsagentur Leipzig: „Ihr Berater ruft Sie zurück.“

Einige Stunden später und nach erfolglosem Anruf daheim. Ein Glück, zu Hause war jemand und hat erneut die Telefonnummer genannt, wo ich erreichbar bin. Anruf vom Berater bei mir: „Für den Lehrgang sind Sie geeignet. Ab nächster Woche können Sie anfangen. Sie müssen nur die Unterlagen holen und wieder vorbeibringen.“

Was ich nicht verstehe:

Warum wird von der Zentrale nicht gleich direkt durchgestellt? Wieso interessieren die Damen im Call-Center meine Gründe oder gar Einzelheiten, die eigentlich nur den Berater etwas angehen? Gehören sie vielleicht zur so genannten „Innenrevision“, die die Arbeitsweise der Berater beurteilt?

• H. E.

Dunst des Selbstverständlichen

LEIPZIGS NEUE zitiert Passagen aus einem offenen Brief. Er ist adressiert an den OBM und weitere verantwortliche Politiker im Rathaus. In ihm warnen Thomaskantor Christoph Biller und der Pfarrer an der Thomaskirche, Christian Wolff, vor „armen Thomanern“.

„Leipzig ist die Bachstadt weltweit und der Thomanerchor ihr wichtigster Repräsentant.“ Mit diesem programmatischen Satz will das forum thomanum zum einen den Anspruch aufgreifen, den die Stadt Leipzig zu Recht erheben kann. Zum andern ist damit aber auch die Verpflichtung der Stadt Leipzig ausgesprochen, alles zu tun, damit sich die Arbeit des Thomanerchores Leipzig und das Leben der Chorknaben optimal entwickeln können.

(...)

Uns ist aus einem internen, uns allerdings nicht vorliegenden Papier der Stadtverwaltung bekannt, dass der Kulturretat der Stadt Leipzig jährlich plus/minus 95 Mio Euro umfasst. Davon entfallen auf den Thomanerchor 1,1 bis 1,3 Mio Euro. Das heißt: Die älteste und effektivste kulturelle Einrichtung der Stadt Leipzig beansprucht lediglich 1,5 Prozent des Kulturhaushalts. Selbst wenn auf den Thomanerchor noch einige Anteile aus dem allgemeinen Verwaltungshaushalt entfallen, so wird der Gesamtbedarf des Thomanerchores den Anteil von 2 % kaum übersteigen. 2 % dafür, dass der Thomanerchor allein in der Thomaskirche ca. 90 Auftritte (Motetten, Konzerte, Gottesdienste, Bachfest, offizielle Anlässe) absolviert, die von ca. 80 000–100 000 Menschen besucht werden, und die gesangliche, schulische und persönliche Entwicklung von knapp 100 Kindern und Jugendliche gewährleistet.

Im „Leipziger Amts-Blatt“ (12. August 2006/Nr. 16, Seite 2) ist zu lesen: „Für das Schuljahr 2006/2007 soll das Jahresentgelt für vollzahlende Schüler im Thomasalumnat von derzeit 740 Euro auf 766 Euro erhöht werden.“ Fast typisch und symptomatisch ist die Sprache des Artikels: Weder kommt der Begriff Thomanerchor vor, noch ist von den Thomanern noch davon die Rede, dass es sich bei den „Schülern“ um die Mitglieder des Thomanerchores handelt. Gehen wir von 95 Alumnus aus, so kommt durch das Jahresentgelt ein Betrag von max. 70 300 Euro, nach der Erhöhung von max. 72 770 Euro zustande. Das sind – gemessen an den ca. 2 Mio Euro städtischer Anteil am Etat

des Thomanerchores – 3-4 % (die Erhöhung liegt etwas über 1 Promille).

(...)

Angesichts der Bedeutung und auch des Ertrages des Thomanerchores für die Stadt Leipzig ist die finanzielle Ausstattung des Thomanerchores unverhältnismäßig gering – auch wenn wir dankbar berücksichtigen, dass die Stadt Leipzig in den vergangenen zehn Jahren sowohl in das Alumnat als auch in die Thomasschule kräftig investiert hat. Wenn man dann noch bedenkt, dass das Personal, auch das erzieherische Personal des Alumnates, von den allgemeinen Kürzungen genauso betroffen ist wie jede andere städtische Behörde, und das bei gleich bleibender Größe und Beanspruchung des Chores, dann wird die Dramatik deutlich. Das kann – auch im Blick auf das kommende forum thomanum – so nicht bleiben, zumal so der Thomanerchor der Konkurrenz anderer Knabenchöre nicht standhalten kann.

(...)

Wir halten jetzt den Zeitpunkt für gegeben, dass sich die Stadt Leipzig mit ihren Organen eindeutig zum forum thomanum bekennt, die Aufbauarbeit mit relativ geringen finanziellen Aufwendungen unterstützt und den Aufbau einer Stiftung forum thomanum tatkräftig befördert sowie die finanzielle Grundausrüstung der Stiftung mit aufbaut. Eine Überführung des Thomanerchores in die Stiftung wird Doppelstrukturen, wie sie jetzt zuhauf gegeben sind (der Chor wird zum einen vom Kulturamt verwaltet, zum andern hat er eine eigene Verwaltung und ist ständig in dem engen Korsett von städtischen Verwaltungsstrukturen gefangen), überwinden und dem Thomanerchor den Spielraum geben, den er in Zukunft braucht.

(...)

Wir wissen, dass wir bei etlichen von Ihnen mit diesen Gedanken offene Türen einrennen. Dennoch ist es erforderlich, dass die Stellung des Thomanerchores, seine wöchentlichen Auftritte in den Motetten einer von der ganzen Stadt getragenen Profilierung benötigen, die das Geschehen in und um den Thomanerchor aus dem Dunst des Selbstverständlichen befreit. Das Besondere dieses Chores, das Außergewöhnliche der Vision des forum thomanum und vor allem die musikalische, geistige und geistliche Botschaft, die davon ausgeht und für das kulturelle und soziale Leben unserer Stadt unerlässlich ist, bedürfen jetzt besonderer Anstrengungen, um die wir bei Ihnen werben.

Ohne Kultur keine Zivilisation

Dr. LUC JOCHIMSEN zu Gast in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Brauchen wir Kultur?

Wenn ja, warum, wozu, für wen und in welchen Formen?

Wahrlich Fragen, die mühelos die Diskussionen einer mehrtägigen Konferenz bestimmen könnten. Und so war zumindest an diesem gut besuchten Septemberabend in der Harkorstraße derjenige nicht enttäuscht, der hier auf immer gültige Antworten hoffte. Das konnte und wollte die freiberufliche Autorin, ehemalige Chefredakteurin beim Hessischen Rundfunk, frühere ARD-London-Korrespondentin und jetzige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei.PDS nicht leisten. Aber: Wohl keiner der zahlreichen Anwesenden bereute sein Kommen.

„Die Kultur ist gerettet, wenn die Menschen gerettet sind“ – rief Bertolt Brecht auf dem 1. Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur 1935 aus. Noch Jahrzehnte später diskutieren und streiten die Menschen über etwaige Rettungsversuche. Wie gerade nach Ende des 2. Weltkrieges, in den Jahrzehnten des Kalten Krieges, die Kulturen der beiden Gesellschaftsordnungen gegeneinander positioniert worden sind, das zeigt sich anno 2006 überdeutlich. Luc Jochimsen und die Zuhörer hatten in der anregenden Diskussion schnell die Beispiele und Namen parat: Die Brecht-(Fehl)Deutungen in seinem 50.



Foto:Gerd Eiltzer

Todesjahr, die Tübke-(Falsch)Interpretationen zur jetzigen Leipziger Ausstellungseröffnung, die (Skandal)Ansprache eines Staatsbediensteten in Weimar. Obwohl alles dieser Tage aktuelle Schlagzeilen lieferte, liegen – so Luc Jochimsen in ihrer Analyse – die Ursachen dafür schon in festgefühten, unendlich zähen Denkmustern vergangener Jahre und Jahrzehnte. Der Kalte (Kultur)Krieg ist nicht zu Ende. Sie warnte in diesem Zusammenhang vor dem Versuch bestimmter konservativer Kreise, jetzt auch in der deutschen Erinnerungskultur langfristig einen Paradigmenwechsel zu etablieren. „Die Deutung deutscher Kulturgeschichte in Ost und West dürfen wir nicht diesen Leuten allein überlassen.“

In der Diskussion wurde auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht, künftig das Soziale gegen das Kulturelle auszuspielen, weil sich dieser Staat Letzteres in der gewachsenen Vielfalt nicht mehr leisten wolle. „Was an Theatern, Museen, Bibliotheken und kommunalen Kinos erst einmal geschlossen ist, bleibt für immer dicht. Wer das so will, muss es gegenüber dem Wähler auch so formulieren.“ Dass zunehmend kulturelle Einrichtungen wie kleinere Jugendbüchereien nur noch auf ehrenamtlicher Basis ihre Dienste anbieten können, dass ungezählte Künstler und Autoren in diesem Land am Existenzminimum dahinschlittern, ist nicht immer allen bekannt. Der Abend war (ohne abschließendes Ende) zu Ende. Weitere müssen und werden folgen.

• - CK

Berühren – staunen – begreifen

www.dbsv.org
www.dzb.de

Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig (DZB) – aktive Lebenshilfe seit 1894

„Etwa 350 privat Neugierige aus ganz Deutschland haben den Tag der offenen Tür am 9. September begeistert genutzt“, bilanziert Christiane Felsmann, Presse-Chefin der ältesten öffentlichen Blindenbücherei Deutschlands. Sie berichtet weiter:

Von 10 bis 16 Uhr war ständig starker Andrang, sowohl von Blinden als auch von Sehenden. Eine komplette Führung dauerte etwa zwei Stunden, gestartet wurde teilweise im 15-Minuten-Takt, je nach Bedarf. Dabei wurden der Verlag, die Blindenschriftübertragung, die Reliefferstellung, der Druck der Brailleschrift wie auch die Herstellung eines DAISY-Hörbuches anschaulich dargestellt und erfahrbar gemacht. Auch

Partnerorganisationen, die sich wie die DZB tagtäglich für die Belange der Betroffenen engagieren, waren gekommen, um neue Kontakte zu knüpfen oder aktuell zu beraten. Eine Führungshundeschule, beispielsweise, hat gezeigt, was die Tiere so können



Die Erfurter Familie Grobb braucht die sprechende Küchenwaage für 49,90 Euro. Das Blindengeld ist nötig.

müssen, um blinden Menschen eine Hilfe zu sein. Auch der Stand des schon zu DDR-Zeiten renommierten, jetzt bundesweit handelnden Dresdener Landeshilfsmittelzentrums war wieder dicht umlagert. Hier gab es vor allem freiverkäufliche persönli-



Punktschrift-Kurse in der DZB auch für Angestellte der Stadtverwaltung! Anmeldung unter (0341) 5955109

che Hilfsmittel mit Sprachausgabe-Display, beispielsweise Uhren, Telefone, Küchengeräte oder auch handliche Farberkennungsgeräte und MP3-DAISY-Recorder, für die die Krankenkasse allerdings meist gar nicht oder erst nach langwieriger Verhandlung bezahlt. Auch aktiv mit dabei, und zwar bei der Präsentation des soeben erschienenen DBSV-Jahrbuches 2007 durch den „Gegenwart“-Redakteur Dr. Thomas Nicolai, waren an diesem Samstag Sebastian Burger, der per Tandem von Bremen nach Singapur gefahren war und auf dieser abenteuerlichen Reise auch zahlreiche blinde Radler mitgenommen hatte, sowie Renate Reymann, Präsidentin des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV).

Im sonnigen Grün des DZB-Gartens treffen sich blinde wie sehende „alte Bekannte“, um persönliche Neuigkeiten auszutauschen. LEIPZIGS NEUE nutzte die Gelegenheit, sich mit der neuen Kraft an der Spitze des Leipziger Stadtverbandes des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, Christiane Kohl, bekanntzumachen.

● Frau Kohl, für viele sehende Menschen ist Blindheit ein Status, mit dem man eben geboren wird und umgehen lernen muss. Tatsächlich erblinden aber die meisten Betroffenen erst später.

Ja, noch vor fünf Jahren hätte ich das selber nicht für möglich gehalten. Aber dann – im Jahre 2002: Es war eine normale Frühdienstwoche bei der Post, nachmittags Hausarbeit, müde ins Bett, und als eines Morgens früh um drei der Wecker wieder klingelte, blieb um mich herum alles duster. Thrombose. Und das als Nichtraucher, Nichttrinker ... Die Ärzte rätseln immer noch, wodurch ... Eine Woche vorher hatte ich noch eine prophylaktische Augenuntersuchung, bei der sich keine Erkrankung angedeutet hatte.

● Wie haben die anderen darauf reagiert?

Zuerst bin ich in ein riesiges bodenloses Loch gefallen, auch familiär. Von wegen „blind und blöd“, wie mein Ex-Mann sagte. Habe dann aber gekämpft. Um meine zwei Kinder. Vor Gericht und gegen Ämter – erfolgreich. Und ab 2003 dann sogar noch mit mir selber. Ich musste ja nun zwangsläufig die Blindenschrift beherrschen lernen. Das war eigentlich das größte Problem.

Begreifen: Es kann jeden treffen!

Interview mit Christiane Kohl, BSVS-Vorsitzende von Leipzig-Stadt



● Beurteilen Sie Ihre Umgebung heute anders als früher?

Man wird aufmerksamer der Umwelt gegenüber, für Behinderte überhaupt. Natürlich geht man als Blinder wacher durch die Gegend, schon der eigenen Sicherheit wegen. Gerade bei sich überlagerndem Lärm fällt das Mit-den-Ohren-Tasten schwer. Man interessiert sich plötzlich notwendigerweise für Tacker-Ampeln und andere Hilfen, auf die ich früher nie geachtet habe. Auch in meiner Familie ist die Sensibilität für Probleme Behinderter jetzt viel größer, seit sie indirekt selber davon betroffen ist. Man muss generell selber stärker auf Ordnung achten als vor der Blindheit und auch Arbeitskollegen, Bekannte oder Angehörige bewusst einbeziehen. Die Kinder beispielsweise können Ranzen und Schuhe eben nicht einfach im Flur liegenlassen, weil ich dann darüber stolpern und in einer Glastür

Im übertragenen Sinne auch den Nachwuchs zu „begreifen“ gab es beim Tag der offenen Tür nicht nur für Ingeborg Hieke (rechts). Sie gibt ihre Erfahrungen als langjährige Vorsitzende der Leipziger Kreisorganisation gern an die Nachfolgerin Christiane Kohl (dahinter) weiter. Bis zur Sanierung der DZB vor zehn Jahren hatte der Leipziger Blinden- und Sehbehindertenverband hier auch seine Geschäftsstelle.

landen könnte.

● Und diese Kraft wollten Sie also mit Ihrer Kandidatur auf der Jahreshauptversammlung am 22. April auf Ihre Leidensgefährten übertragen?

Ja, und für mich war das echter Wahlkampf – ich war ja nicht der einzige Kandidat! Jetzt, wo der Große (18) auch Erfolg und eine Lehrstelle hat, meine Tochter (20) sogar Sozialpädagogik studiert, beide also selbständig werden, sehe ich die Wahlfunktion als Herausforderung, als neues persönliches Ziel, zum Nutzen aller.

● Was erwarten Sie von den Verbandsmitgliedern?

Probleme wie Argumente mir genau zu benennen, damit ich mit dieser Lobby im Rücken auch wirklich bis zur Stadtkämmerei vordringen kann!

Toi, toi, toi!

Berührend – erstaunlich, aber unbegreiflich

Früher, als die Menschen noch nicht ihre Zeit selber totschlagen durften, als Blinden-Führungshunde noch nicht von Rasern überrollt oder durch Nachbarn vergiftet wurden und als auch noch so kleine Amtsschimmelchen ganz ohne Unterschrift und ohne zu wiehern einfach so losgaloppierten, galt Hören noch als „sozial“. Heute dagegen will sich nicht einmal mehr die Sparkasse ihren Kunden verständlich machen.



Sprachausgabe? Fehlanzeige!



Einst Blinden-Beruf: Telefonvermittlung handgemacht

50 Jahre DZB-Hörbücherei

Getreu dem Lomnitz-Klamroth'schen Anspruch der DZB: „Gleiches Recht auf Bildung und Unterhaltung für Sehende wie Blinde!“ gilt seit 1956 das Aufzeigen und Wiedergeben schöngestigter Literatur als eine der Hauptaufgaben der Hörbuchproduktion. Neben niveauvoller Unterhaltung ist aber auch die Vermittlung von Wissen und Alltagskultur bedeutend. Die feierliche Einweihung des Tonstudios der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig (DZB) fand am 14. März 1956 statt, finanziell gesichert mit Hilfe von Lotto-Mitteln. Dazu passend war „Der Lotterieschwede“ von Martin Andersen Nexö, gelesen von Irmgard Lehmann, das erste in der DZB aufgesprochene Hörbuch. Was so vor 50 Jahren per Tonband begonnen hatte, wurde ab 1971 mit der Ausleihe bespielter Audio-Kassetten fortgeführt. Aber erst die heute noch junge DAISY-CD-ROM (Digital Accessible Information System) kommt dem Konzept „Buch“ am nächsten. Es erlaubt dem MP3-Nutzer das akustische Blättern und Stöbern innerhalb einer Datenverzeichnis-Struktur. Obwohl die Zentralbücherei dieses System erst im Januar 2003 eingeführt hat, verfügte die DAISY-Ausleihe im Juli 2006 bereits über 4000 digitale Hörbuchtitel. Jüngstes DZB-DAISY-Kind ist ein Partnerprojekt mit der phonetics group GbR: „DAISY für alle“. Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach MP3-basierten Tonträgern, die im persönlichen Besitz verbleiben dürfen, sind so, zusätzlich zum gesetzlich vorgeschriebenen ausschließlichen Verleih an Blinde oder Sehbehinderte, auch mehrere Titel entstanden, die von allen Interessenten käuflich erworben werden können – entweder über die DZB als DAISY-CD oder per Download bei www.vorleser.net. Die Palette reicht dabei von Märchen über Abenteuer bis zu Ringelnatz oder zu Tucholskys „Rheinsberg“.

Für diese Seite zeichnet für Texte und Fotos verantwortlich: Reinhard Lieblich <http://www.liebichs.de/> / blinde



Kein Naziaufmarsch in Hoyerswerda!

Vor 15 Jahren kam es in Hoyerswerda zum ersten rassistischen Pogrom. Bis dahin war es undenkbar, dass Neonazis unter dem Beifall der Bevölkerung Jagd auf Vertragsarbeiter und auf Menschen machten, die Schutz vor politischer Verfolgung gesucht hatten. Die politisch Verantwortlichen haben damals vor der Gewalt der Straße kapituliert und den Neonazis zu einem Erfolg verholfen, mit dem sie nicht gerechnet hatten. Ich begrüße es, dass heute in Hoyerswerda vielfältige Initiativen gegen Rassismus, Gewalt und die extreme Rechte tätig sind. Das Programm zum 15. Jahrestag des Pogroms ist in seiner Buntheit und Unterschiedlichkeit der Zugänge ein gutes Beispiel dafür. Mit Sorge sehe ich jedoch, dass den Initiativen von unten nicht in jedem Fall ein entsprechendes Verantwortungsbewusstsein der Entscheidungsträger vor Ort gegenübersteht. Wer noch heute wie OB Horst-Dieter Brämig behauptet, die Pogrome seien von außen gesteuert gewesen, verschließt beide Augen vor Untersuchungsergebnissen. Wer wie Ordnungsbürgermeister Stefan Skora zulässt, dass ausgerechnet am 23. September die geistigen Väter jener durch Hoyerswerda marschieren dürfen, die für die Ausschreitungen verantwortlich waren, handelt verantwortungslos.

• MDL KERSTIN KÖDITZ

„Schlitzohrig und frech“

Wie Sachsens Wirtschaftsminister die Bahnfahrer täuscht

LN. Trotz Kürzung der Bundeszuschüsse werde es in Sachsen keine Einschnitte im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geben, behauptete Wirtschaftsminister Thomas Jurk (SPD) am 12. September. Durch eigene Mittel und Umschichtungen werde die Lücke geschlossen. Befürchtungen, dass es zum „Streckensterben“ oder zu drastischen Fahrpreiserhöhungen kommt, hätten sich nicht bewahrheitet.

Dr. Monika Runge, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, sieht das anders. „Herr Jurk kennt den Entwurf seines eigenen Verkehrshaushaltes 2006/2007 nicht. Der Freistaat gibt die Zuschüsse des Bundes an die fünf Zweckverbände weiter.

Selbst steuert er keinen müden Euro bei. Im Gegenteil, unverfroren kürzt er die gekürzten Bundesmittel nochmals um 10 Millionen Euro.“ Insgesamt würden die Zuschüsse für die Bestellung von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in nur zwei Jahren um rund 28 Millionen Euro gekürzt. „Kürzungen in derartiger Dimension vermag kein ÖPNV-Zweckverband durch effektiveren Einsatz auszugleichen.“ Zwar sollen die Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur steigen. Der Haken: „Diese Zuschüsse dürfen nicht für die Bestellung von Verkehrsleistungen im SPNV verwendet werden. Herr Jurk mischt für konsumtive und investive Zwecke bestimmte Mittel

zu einem ungenießbaren Brei. Und dass er den Zweckverbänden in diesem Jahr so generös die ausfallenden Bundesmittel ersetzen kann, hat folgenden Hintergrund: 2005 wurden den ÖPNV-Zweckverbänden 11 Millionen Euro des Bundes für die Bestellung von Verkehrsleistungen vorerhalten.“

Fazit der Expertin: „Würde sich Jurk so schlitzohrig und frech bei Bund und Bahn um die brennenden Fragen des Eisenbahnverkehrs in Sachsen kümmern, dann wären die Ertüchtigung der Sachsen-Franken-Strecke zu einer wahren Magistrale, ein integrierter Taktfahrplan und sanierte Bahnhofsgebäude keine unerreichbaren Ziele mehr.“

Mit Civitas fällt mühsam Aufgebautes

LN. Civitas (etwa: Bürgerschaft) – so heißt ein Bundesprogramm, das Projekte gegen Rechtsextremismus finanziert. Es läuft zum Jahresende aus. Ein Nachfolgeprogramm wird die Projekte nicht mehr fördern. Anstelle von Vereinen sollen nur noch Kommunen und Landkreise Mittel be-

antragen dürfen – so sie wollen. Der Bund wird nur noch Modellprojekte befristet finanzieren. Jetzt steht die Existenz mehrerer Vereine auf dem Spiel, die wichtige Aufklärung „in der Fläche“ leisten: Kulturbüro Sachsen, mobile Beratungsteams, Aktion Zivilcourage (Pirna) usw. „Damit

fallen die mühsam aufgebauten Strukturen auf dem Land weg“, protestiert Stephan Meister vom Netzwerk für demokratische Kultur in Wurzen. Und Brigitte Moritz, Geschäftsführerin der Leipziger Opferberatungsstelle, sieht im Aus für Civitas „ein widersinniges Signal“.

Ökobauern bedroht

LN. Sachsens Biobauern müssen künftig mit 40–50 Prozent niedrigeren Flächenprämien rechnen, informiert der Leiter des Regionalbüros Sachsen vom Verband Bioland, Armin Bischoff. „Im Ackerbau würde das bedeuten, dass die Flächenprämie von derzeit 230 Euro pro Hektar und Jahr auf 137 Euro sinkt.“ Um einen Ökohof wirtschaftlich führen zu können, sei eine Prämie von etwa 160 Euro nötig. Bischoff fürchtet, dass mancher Hof aufgibt. – Die rund 240 Biobetriebe Sachsens bewirtschaften 2,5 Prozent der Nutzfläche. Damit ist Sachsen bundesweit Schlusslicht.

Abriss greift

Wenn der „Stadtumbau Ost“ Lücken in Straßen reißt und der Wert benachbarter Häuser sinkt, missfällt das dem Immobilienverband. Dennoch: „Der Stadtumbau greift, der Markt stabilisiert sich“, sagt Jürgen Poschmann vom hiesigen Regionalverband. Das Angebot werde knapper, die durchschnittliche Kaltmiete je Quadratmeter sei in Sachsen binnen zwei Jahren von 4,60 Euro auf fünf Euro gestiegen. Eine Erfolgsgeschichte? Wer (kalt und warm) gegriffen wird, braucht für Spott nicht zu sorgen. • gb

Managergehälter

LN. Sachsen soll dem Beispiel Berlins folgen und Managergehälter in Betrieben, an denen das Land zumindest mehrheitlich beteiligt ist, offenlegen. Das fordert ein Gesetzentwurf der Linksfraktion im Landtag (Kurztitel: Sächsisches Offenlegungsgesetz). Selbst der Sachverständige des Bundes der Steuerzahler sehe Regelungsbedarf, vor allem auf Bundesebene, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Caren Lay. Die Linkspartei habe sich dafür stets eingesetzt, doch sei die nötige Transparenz auch für landeseigene Unternehmen festzulegen.

Brennpunkt Schule

Während andere Industriestaaten die Zeichen der Zeit erkennen und stark in ihre Bildung investieren, fällt das deutsche Bildungssystem im OECD-Vergleich weiter zurück. Auch Sachsen, von Kultusminister Flath so gepriesen, glänzt keineswegs. Beispiel Quote der Studienbewerber: Schweden 79, Finnland 73, Sachsen 36 Prozent (Drittletzt in Deutschland).

Vor diesem Hintergrund rückt alles ins Blickfeld, was Wohl und Wehe unserer Schulen betrifft.

Halbe Strecke für „kurze Wege“

Für den Volksantrag „Kurze Wege für kurze Beine“ – er richtet sich gegen unverantwortliche Schulschließungen – liegen über 21 000 Unterschriften vor. Bis Mai müssen 40 000 zusammenkommen. Es soll zügig gesammelt werden, um den Volksantrag rasch dem Landtag als Beschlussvorlage übergeben zu können.

Sturzgeburt für Oberstufe?

Am 29. September findet im Landtag eine öffentliche Anhörung zur Reform der gymnasialen Oberstufe statt. Gewerkschaften, Lehrerverbände, Landesschülerrat, Landeselternrat, Vertreter von Wissenschaft und Wirtschaft werden Stellung nehmen. Die Linksfraktion hat die Anhörung beantragt, weil der Kultusminister ohne ausreichende Debatte im Oktober über Veränderungen der Oberstufe entscheiden will.

Eine Schwalbe ...

Für das Vorschuljahr in Kindergärten stellt das Kultusministerium knapp 130 Lehrer ein. Ausnahmsweise ist Lernwille der Behörde spürbar. Die Anzahl der eingesetzten Lehrer zeugt freilich von einem eher zaghaften Probelauf. • G. BRAUN

5. September

Dresden. Bayerns Fleischskandal erreicht Sachsen: Bei einem Zwischenhändler wird verdorbenes Wachtelfleisch aus München entdeckt. MdL Caren Lay (Linksfraktion) fordert mehr Kontrolleure und Bündelung des Verbraucherschutzes beim Sozialministerium.

Leipzig. Wie die Leipziger Verkehrsbetriebe bestätigen, erhalten sie für jeden als Bus- und Bahnbegleiter eingesetzten Langzeitarbeitslosen monatlich 150 Euro. Vereine, die sich als freie Träger von Ein-Euro-Jobs und ABM benachteiligt sehen, nennen die Einnahmen „geradezu skandalös“.

Dresden. Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig stellt klar: Nach der Rechtsprechung des Leipziger Verfassungsgerichtshofes darf sich Sachsen nicht an der geplanten Anti-Terror-Datei beteiligen.

Dresden. Der Freistaat will die Zuschüsse für Mensa-Kantinen von 9,25 Millionen Euro (einschl. 2,25 für Investitionen) im Jahr 2006 auf 5,5 Millionen Euro im Jahr 2008 senken, alarmiert MdL Karl-Heinz Gerstenberger (Die Grünen).

6. September

SACHSEN-CHRONIK

5. bis 18. September

Dresden. 62 Prozent der sächsischen Schulen sind rauchfrei, informiert das Kultusministerium. Vor allem in Berufsschulen und Gymnasien sei es schwierig, Rauchfreiheit durchzusetzen.

9./10. September

Leipzig. Rund 4000 Besucher zählt die Galerie Eigen & Art zu Beginn der Neo-Rauch-Ausstellung „Zeiträume“.

10. September

Hoyerswerda. Bei der OB-Wahl setzt sich keiner der Kandidaten durch. Bei einer Wahlbeteiligung von 41,4 Prozent erzielt Stefan Skora (unterstützt von SPD, CDU, FDP, Freien Wählern) mit 46,4 Prozent der abgegebenen Stimmen das beste Ergebnis.

11. September

Cröbern. Die Schadstoffeinfuhren zur Deponie Cröbern bei Leipzig haben sich von 2001 bis 2005 verdreifacht, stellt Jo-

hannes Lichdi (Die Grünen) fest. Umweltminister Stanislaw Tillich (CDU) sieht keinen Handlungsbedarf.

12. September

Zittau. Bei einer Razzia in 20 Objekten der „Kameradschaft Oberlausitz“ und des „Jungsturms 41“ werden zahlreiche Waffen und Hakenkreuzfahnen sichergestellt.

Kamenz. In Sachsens Gefängnissen sitzen 3606 Straftäter. Das Statistische Landesamt vermeldet: Höchststand seit 1992.

13. September

Meißen. Ein Bürgerbegehren gegen die Privatisierung des Elblandklinikums ist von über 33 000 Bürgern des Landkreises Meißen unterzeichnet worden. 19 000 Unterschriften waren nötig.

14. September

Dresden. Erstmals seit 66 Jahren werden in Deutschland Rabbiner ordiniert. In der

Dresdner Synagoge findet eine Feier für drei Absolventen des Potsdamer Abraham-Geiger-Kollegs statt.

Dresden. Die frühere GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange (SPD) wird zur Ministerin für Wissenschaft und Kunst ernannt.

Dresden. Eine Landtagsmehrheit verweigert die Debatte über den Dringlichen Antrag der Linksfraktion „Keine gemeinsame Anti-Terror-Datei von Polizei und Verfassungsschutz“.

15. September

Leipzig. Laut Regierungspräsidium erlitten im 1. Halbjahr Arbeiter bei 40 Unfällen in der Region schwere Verletzungen; drei Bauleute verunglückten tödlich.

16. September

Leipzig. Die WASG Sachsen spricht sich auf ihrem Parteitag gegen jegliche Privatisierungen und für ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht auf Arbeit aus.

Schlema. Zum 15. Mal wetteifern bei Aue europäische Musikorchester.

18. September

Gröditz. Im Tarifkonflikt der ostdeutschen Stahlindustrie legen rund 280 Beschäftigte dreier Stahlwerke die Arbeit nieder.

Elfi und Paul [Namen aus Datenschutzgründen geändert, die Klarnamen und Anschriften liegen der Red. vor], also: Elfi und Paul leben seit geraumer Zeit im elterlichen Haus auf dem Dorf – genauer gesagt: seit dem Rückbau jenes Blocks in der Schließfachreihe, aus dessen 13. Etage sie mehrere Jahre auf die blühenden Landstraßen, pardon: Landschaften hinabschauen konnten, wie die sich so hinzogen und hinzogen bis zum Bundesfriedenstruppenübungsgeländeeingang. Und es ist eigentlich zu bedauern, dass die Leutchen nun nicht mehr – sichtlich gesehen! – dabei sein können, wenn unsere Jung-Tapferen zum Training für den robusten Einsatz in Mittel-Ost, oder wo sonst gerade eine günstige Gelegenheit besteht, ausrücken.

Jedenfalls wohnen die beiden da im Dorf. Paul hatte sein checkup am „Bahama“ noch nicht beendet. Der Wagen war zwar gestern erst von der Durchsicht aus der Werkstatt gekommen, aber dort arbeiten noch immer diese dunkelhäutigen Fremden, von denen man nicht weiß, aus welchem Laden sie stammen und ob sie nicht vielleicht doch übersehen haben, ein paar Handgriffe an der Lenkung... oder eine Radmutter ... Das Böse lauert, wie jeder weiß, allüberall. Na jedenfalls will Paul kein Risiko eingehen. Er muß schließlich dringend zum Postamt in die Stadt, um die Glückwunschkarte an Klein-Emma [Name geä., siehe oben] aufzugeben, war doch der alte Dorfbriefkasten aus Unrechtszeiten vorige Woche den globalen Modernisierungszwängen gewichen. Fortschritt muß schon sein, die Konkurrenz schläft auch bei der Post nicht. Außerdem: In der Stadt wird jetzt zweimal geleert, 17:30 und 18:15 Uhr. Das schlägt voll krass durch, wie sein Junge sagt, wenn er etwas absolut

Nur Alltag, alles nur Alltag



geil findet.

Klein-Emma wird also ihre Einschulungsgrüße rechtzeitig erhalten. Sie freut sich bereits auf die täglichen Busfahrten über 14 Kilometer, denn die rekonstruierte Schule in ihrem Ort ist im Sommer geschlossen worden – demographische Probleme. Fast nur noch alte Genossinnen und Genossen am Platz! Die machen in Rente und Ostalgie. Einige der ALG-Leute halten sich die Woche über im Norden auf: Freundliche Ein-Euro-Jobber und Aussteigehelfer für betagte Mütterchen auf der Buslinie 24 A. Eine

prinzipiell humanistische und christliche Sache, die in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einen festen Platz hat. Jedenfalls muß Paul nun los. Elfi bringt ihm noch einen Einkaufszettel aus dem Haus, weil er doch seit einiger Zeit etwas vergeß... Aber Schwamm drüber, man muß nicht alles an die große Glocke hängen. Sonst kommen diese Daten auch noch auf die Listen...

Festkochende Kartoffeln aus Neufundland soll er mitbringen, aber nicht die GEN-manipulierten, bitte, und Bio-Eier von Freiheitshühnern aus Alabama, doch

aufs Verfallsdatum achten! Seine Münchner Weißwurst möge er sich diese Woche aus dem Kopf schlagen. Der Gestank ziehe so schlecht aus der Küche ab, meint Elfi, sie habe gerade die Gardinen gewaschen, so chic und sauber, weißer gehts nicht. Nächste Woche könne er ja sein Gselchtes wieder mitbringen, da sei die Aufregung vorbei, sinniert Elfi. Das Problem hat man doch jetzt im Griff – nachdem der Bösewicht abgeschieden ist und wo es so viele Hungerleider in der Welt gibt...

Paul ist gerade beim Einsteigen, da ruft ihn Elfi zurück: Telefon. Paul eilt ins Haus, kommt aber gleich darauf wieder auf den Hof. Als er das fragende Gesicht der Frau sieht, meint er: Telefonwerbung. Aktion bei Gartenstuhl-Schuster! Ob er nicht doch mal kurz mit vorbeischaun solle? Sie wollten doch schon seit längerem ... Und mit dem Urlaub müsse man ja nun etwas kürzer treten – wegen der Jahre später... Ja, das sei vernünftig, meint Elfi.

Als er die Wagentür öffnet, fährt Neffe Frank [Name geä. siehe oben] mit dem Rad heran und bittet: Nimm doch mal meine Bagage mit. Ich muß ein paar Tage auf Bewerbungstour nach Ba-Wü, aber das Stück rutscht mir ständig vom Gepäckträger. Wir sehen uns gleich am Bahnhof. Paul verstaut den Koffer im Wagen und fährt davon. Neffe Frank ist bereits unterwegs.

Nach fünfzehn Minuten hält der Alte am Bahnhof an, lädt den Koffer aus, kauft am Kiosk eine Super Weltwoche am Donnerstag mit den News vom japanischen Kaiserhof und wartet auf Frank.

Dann klicken die Handschellen. – Dieser Scheiß-Koffer – genau vor der Ü-Kamera, denkt Paul ...

• HELMUT BRÄUER

Leipziger Stadtwerke greifen an

Frevel an 160jährigen
Laubbäumen
der Dübener Heide

Beschönigend heißt das Ganze
Biomassekraftwerk

LN 17'06

Warum wollen die Leipziger Stadtwerke für ein Biomassekraftwerk mit einer Leistung von 20 MW ausgerechnet Stammholz, im Klartext, bis zu 160-jährige Buchen und Eichen aus der Dübener Heide und dem Fläming, durch den Schornstein jagen? Das fragten wir in LN 17'06, uns auf die Seite der Heidebewohner und aller umweltbewussten Bürger stellend.

Schon genug Kahlschläge

Wir wollen nicht eine Investition verhindern, sondern für den Standort Piesteritz eine im Sinne der Nachhaltigkeit und der Schaffung von Arbeitsplätzen bessere und intelligenter Lösung finden. Die Leip-

ziger Stadtwerke wollen nur Subventionen abgreifen. Denn nur durch Subventionen durch das Erneuerbare Energien-Gesetz und durch die gesetzlich garantierte Abnahme des erzeugten Stroms wird daraus ein Geschäft. Alles in Sachsen-Anhalt einzuschlagende Rohholz reicht nicht aus, um die bei uns angesiedelten Zellstoff- und Spanplattenwerke zu versorgen, kommen nun noch Holzwerkwerke hinzu, wird die Lage dramatisch. Wer die Folgen radikalen Kahlschlags in der Heide besichtigen möchte, kann dies unter anderem in Parnitz, Oppin, Ochsenkopf und Schleesen tun. Kahlschläge gibt es auch bei Ruhlsdorf, Schweinitz, Gentha, Hemsendorf, Nudersdorf, Möllensdorf, Braunsdorf, Kropstädt ...

PROF. BERNHARD OPITZ,
Mitglied Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Die Rechnung bezahlt der Bürger

Das Wort „Biomassekraftwerk“ verschleiert eine sinnlose Holzverbrennung. Auch wenn sofort aufgeforstet werden sollte, vergehen mindestens 50 Jahre, ehe das Nachwachsen erfolgreich ist. Wobei zu bezweifeln ist, dass die abgeholzte Fläche hundertprozentig ersetzt werden kann.

Eine ausgewachsene Buche produziert im Jahr 4500 Kilogramm Sauerstoff und entzieht der Luft 6000 Kilogramm giftiges Kohlendioxyd. Für die alten Kelten war der Baum noch ein Bruder ...

Es ist 5 Minuten vor 12

Die Anlage soll sich laut Aussage des Investors in neun bis zwölf Jahren amortisieren. Die Holzlieferung ist aber nur für zehn Jahre gesichert. Bei steigender Nachfrage steigt der Holzpreis drastisch und das Ganze wird unrentabel. Der Energieverbraucher, also der Bürger, wird die Zeche zu zahlen haben. Dass man sich trotzdem auf solch ein Verfahren einlässt, bedeutet, dass große Summen von Fördergeldern, also Steuermitteln, zur Verfügung stehen müssen, trotz des Jammers über leere Kassen.

HEIDEMARIE LEHMANN,
WITTENBERG

Die Heide gibt das Geforderte nicht her

Als langjährige Oberförster der Dübener Heide wollen wir uns jenseits aller Emotionen gegen den drohenden Wahnsinn zu Wort melden.

Die Stadtwerke Leipzig beschreiben in einem Fax vom 27. 2. 06 eindeutig, was sie vorhaben: „Holzgrundlage: Stammholz, vorrangig Laubhölzer, lang angeliefert, Zerkleinerung im Werk ...“

In einem Antwortschreiben an den NABU behauptet der Wittenberger OB Naumann: „Der Forstwirtschaft als Lieferant von Waldrestholz werden durch das Waldgesetz Regeln zur Sicherung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder vorgegeben, deren Einhaltung auch behördlich überprüft wird.“ – Unter Waldrestholz verstehen wir Holzreste, die nach Ein-

schlagsarbeiten liegen geblieben sind, also Kronenteile und schwaches Sortiment, das bei der Pflege jüngerer Bestände anfällt. Der Investor spricht jedoch eindeutig von Laubstammholz.

Im zentralen Teil der Dübener Heide, vorwiegend in den ehemaligen Oberförstereien Tornau und Schmiedeberg, finden wir noch geschlossene Buchen- und Eichenbestände in verschiedensten Altersstufen – das hohe Ziel einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Aus solchen Beständen entnehmen wir jährlich maximal 1000 Festmeter (das Holzwerkwerk benötigt bis 160 mal soviel – LN).

Mitte der 60er begannen wir, in großem Umfang Kiefernbestände mit Laubhölzern zu unterbauen, so dass dichte Jungbestände herangewachsen sind, die gepflegt werden müssten. Wirtschaftlich verwertbare Sortimente können daraus erst in 20 Jahren ausgeformt werden.

ELFRIEDE JENTZSCH, HANS LEXIUS,

Leute, wacht auf!

Wälder darf man nicht einfach opfern, sie haben einen so großen Nutzen für alles, was lebt. Es ist haarsträubend, wenn man liest, dass zusätzlich zu dem bereits bestehenden Verkehr noch 40 LKW täglich hier durch die Gegend brettern werden.

Leute wacht endlich auf. Gründet eine Bürgerinitiative gegen den Bau dieses Kraftwerkes und damit gegen den Raubbau an der Natur. Es ist 5 Minuten vor 12.

BRIGITTE KÖHLER, WITTENBERG

Außenpolitischer Irrweg

In der Haushaltsdebatte am 6. September um den Etat des Bundeskanzleramtes – traditionell Elefantenrunde genannt – antwortet Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, auf die Ausführungen von Kanzlerin Merkel. LN fühlt sich verpflichtet, diese Rede – ein schlüssiges Resümee derzeitiger Politik – auch über die Grenzen des Parlaments hinaus wörtlich bekannt zu machen (aus Platzgründen leicht gekürzt):

Zwei Fragen beschäftigen derzeit die deutsche Öffentlichkeit: zum einen die Frage, ob die Außenpolitik der Bundesregierung geeignet ist, die Sicherheit in Deutschland zu erhöhen, und zum anderen die Frage, ob die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geeignet ist, Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen und zu fördern. Zu beiden Fragen möchte ich für die Fraktion Die Linke Stellung nehmen.

Die Bundeskanzlerin hat versucht, die Außenpolitik ihrer Regierung zu rechtfertigen, und ist, was nicht überrascht, zu dem Ergebnis gekommen, dass die Außenpolitik sehr wohl geeignet ist, die Sicherheit in diesem Lande zu verbessern. Das Urteil der Öffentlichkeit fällt aber ganz anders und sehr differenziert aus. Auch aus den eigenen Reihen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsbank, werden in der Öffentlichkeit Aussagen getroffen, die Sie, Frau Bundeskanzlerin, zumindest hätten ansprechen müssen, wenn Ihr harsches Urteil über die Opposition irgendeine Grundlage hätte haben sollen.

Wenn der Innenminister Bayerns feststellt, dass unsere Beteiligung am Libanonkrieg die Terroranschlagsgefahr in Deutschland erhöht, dann ist es nicht zulässig, dass Sie einen solch gravierenden Vorwurf einfach übergehen und so tun, als sei alles in bester Ordnung und als müsse überhaupt nicht über die Außenpolitik diskutiert werden. Hätte er nämlich mit dieser Feststellung Recht, wäre dies ein vernichtendes Urteil über Ihre Außenpolitik.

Sie werden nicht überrascht sein, dass in den letzten Jahren auch aus den Sicherheitsdiensten immer wieder angemahnt worden ist, dass unser militärisches Engagement am Hindukusch und sonst wo nicht dazu geeignet ist, die Terroranschlagsgefahr in Deutschland zu mindern, sondern dass es vielmehr so ist, dass durch dieses militärische Engagement die Gefahr, dass

die Unsicherheit der Bevölkerung eher erhöht. Damit handeln Sie eklatant gegen Ihren Auftrag.

Ich hatte schon mehrfach die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig sei, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie, wenn Sie den Terrorismus bekämpfen wollen, einmal sagen, was Sie unter Terrorismus verstehen. Eine Kanzlerin, die nicht in der Lage ist, zu definieren, was sie unter Terrorismus versteht, ist ihren Aufgaben nicht gewachsen, weil sie nicht fähig ist, eine Politik zu formulieren, mit der der Terrorismus bekämpft werden kann.

Dass dies schwierig ist, hat zuletzt die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes dargelegt, als sie auf das Gesetz zur Antiterrordatei zu sprechen gekommen ist. Ich zitiere:

Der Gesetzentwurf offenbart, wie schwer es ist, jene Personen hinreichend klar zu bestimmen, die sich in einem terroristischen Kontext bewegen: wenn zum Beispiel darin von Personen die Rede ist, „die rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwenden oder solche Gewaltanwendung unterstützen, befürworten oder durch ihre Tätigkeiten vorsätzlich hervorrufen“. So lautet also im Gesetzentwurf die Definition des Terrorismus.

Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes sagt hierzu weiter:

Töten von Menschen zum Erreichen politischer Ziele. Etwa so lautet auch die Definition in dem angesprochenen Gesetzentwurf.

Vor diesem Hintergrund sind nicht nur das

der Großen Koalition



Aufwärts? Abwärts?

Attentat auf das World Trade Center und Selbstmordattentate, an die Sie erinnert haben, Terrorismus, sondern auch die Kriegsführung im Nahen Osten, die Tausende unschuldiger Menschen ums Leben bringt.

Für die Linke erkläre ich hier: Man kann Terrorismus nicht durch Terrorismus bekämpfen. Das tun zu wollen, ist ein gravierender Irrtum der amerikanischen Politik. Der Terrorismus kann nicht bekämpft werden, wenn man das Völkerrecht ignoriert. Sie tun das in ununterbrochener Folge. Eine deutsche Außenpolitik, die das Völkerrecht ignoriert, kann nicht erfolgreich sein. Dies galt nicht nur für den Jugoslawienkrieg, wo das unstrittig ist; das gilt nicht nur für den Afghanistankrieg, wo das mehr und mehr unstrittig ist; das gilt vielmehr auch für den Irakkrieg, der mit Lügen und dem Bruch des Völkerrechts begonnen wurde und der so immer weiter geführt wird. Ich erinnere daran, dass das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, dass wir durch die Bereitstellung von Flughäfen, das Einräumen von Überflugrechten, durch Waffenlieferungen usw. mittelbar am Bruch des Völkerrechts beteiligt

sind. Das ist keine Grundlage für eine erfolgreiche Außenpolitik und man kann darüber nicht hinweglächeln und hinwegreden.

Wir hören mit großem Interesse, dass wir ein robustes Mandat brauchen – so haben Sie das hier wieder formuliert – und dass dieses robuste Mandat angewendet werden soll, um Waffenlieferungen in den Libanon zu unterbinden. Bis dahin könnte man die

ser Argumentation ja noch etwas abgewinnen. Wenn aber gleichzeitig die Bundesrepublik Deutschland Israel Waffen liefert – und zwar U-Boote, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie nuklear bewaffnet werden können –, dann ist das so widersprüchlich, dass eine solche Außenpolitik schlicht und ergreifend niemals Erfolg haben kann.

Grundlage für die Veränderung der letzten Jahre ist, dass sich die deutsche Außenpolitik mehr und mehr auf das Militärische verlegt hat. Dies ist mit der Aussage begründet worden: Wir können uns in der Welt nicht heraushalten; wir haben eine größere Verantwortung und diese größere Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Diese Redensarten, die zu dieser Fehlentwicklung geführt haben, beinhalten eine Verknennung der Erfolge der deutschen Außenpolitik nach dem Kriege. ...

Ich habe etwas zum Völkerrecht gesagt. Dazu noch zwei weitere Bemerkungen.

Es ist für uns wohlthuend, wenn ein Mitglied der Bundesregierung, Frau Wicze-Zeul, etwas zum Einsatz von Streubomben im Libanon sagt. Es verstößt gegen das Völkerrecht, wenn Streubomben über Wohngebieten abgeworfen werden, und es ist gut, dass wenigstens ein Mitglied der Bundesregierung an diesen Bruch des Völkerrechts erinnert.

Es wäre ebenfalls gut, wenn die Politik, die Sie gegenüber dem Iran verfolgen, einmal auf eine einigermaßen rational nachvollziehbare Grundlage gestellt würde. Wir haben es hier schon mehrfach erwähnt: Man kann keine Politik der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen nach dem Motto betreiben: Wir brechen den Atomwaffensperrvertrag; er interessiert uns im Grunde genommen nicht. Aber Teile des Atomwaffensperrvertrages wenden wir an, um gegenüber dem Iran Politik zu betreiben.

Was meine ich damit? Der Atomwaffensperrvertrag hat nur eine Ratio; sie lautet: Wir wollen keine Nuklearwaffen in der Welt haben.

Das heißt, dass die Staaten, die keine haben, keine bauen sollen, aber das heißt auch – das wird weitgehend vergessen –, dass die Staaten, die Nuklearwaffen haben, verpflichtet sind, abzurüsten. Das haben sie unterschrieben. ...

Wenn Amerika beispielsweise sagt, es möchte dazu beitragen, dass der Iran keine Atomwaffen produziert, dann ist doch zunächst einmal die Frage aufzuwerfen, warum die amerikanische Politik weiterhin neue Nuklearwaffen entwickeln lässt, die sogar schon einsatzfähig sein sollen. Es stellen sich beispielsweise auch die Fragen, warum die Aufrüstung Indiens mit Nuklearwaffen von Amerika unterstützt wird, warum man Pakistan erlaubt, Nuklearwaffen zu besitzen, und warum selbstverständlich auch Russland Nuklearwaffen für sich beansprucht. Wie kann man da sagen: „Einem Staat verwehren wir den Besitz von Nuklearwaffen“? So wird man eine nuklearwaffenfreie Welt niemals erreichen

Eine Kanzlerin, die nicht in der Lage ist, zu definieren, was sie unter Terrorismus versteht, ist ihren Aufgaben nicht gewachsen, weil sie nicht fähig ist, eine Politik zu formulieren, mit der der Terrorismus bekämpft werden kann.

terroristische Anschläge auch hier in Deutschland unternommen werden, immer weiter steigt.

Wir glauben, dass die Außenpolitik Deutschlands sich schon seit vielen Jahren auf einen Irrweg begeben hat. Schwerpunktmäßig auf militärische Einsätze zu setzen und die klassischen Traditionen der deutschen Außenpolitik, mit denen sie jahrzehntelang Erfolg hatte, zu vernachlässigen, ist ein Irrweg, der nicht zu mehr Sicherheit in Deutschland führt, sondern

Gewiss, es geht hier nicht um Sprachästhetik. Aber was kann man nicht alles unter „international ausgerichteten politischen oder religiösen Belangen“ begreifen? ...

Ich wiederhole: Es ist wirklich nicht möglich, eine in sich konsistente Außenpolitik zu formulieren, wenn man nicht in der Lage ist – Frau Bundeskanzlerin, Sie sind es nicht –, zu definieren, was Terrorismus eigentlich ist. Ich wiederhole: Terrorismus ist für viele, die sich auf internationaler Ebene an der Diskussion beteiligen, das

können und so wird man nicht zum Frieden beitragen.

Es tut mir Leid: Die gesamte Außenpolitik dieser Koalition hat keine rationale Grundlage. Im Vergleich zur Außenpolitik früherer Jahre kann man von einer Fehlentwicklung sprechen; denn in den letzten Jahren – auch schon zu Zeiten der rot-grünen Koalition – wurde immer mehr auf militärische Interventionen gesetzt, weil man glaubte, man könne damit etwas Gutes bewirken.

Wie gefährlich militärische Interventionen sind, haben nicht zuletzt die drei Ehrenvorsitzenden der FDP kürzlich in einem Schreiben an Sie, Frau Bundeskanzlerin, zum Ausdruck gebracht. Darunter sind zwei ehemalige Außenminister, Herr Genschler und Herr Scheel, die an der deutschen Außenpolitik beteiligt waren, die ich vorhin erwähnt habe. Es ist ein Irrtum, deutsche Soldaten in alle Welt zu schicken.

Aufschwung zu tun hat. Im zweiten Quartal gibt es gegenüber dem ersten Quartal 2006 folgende Bilanz: Die Bauinvestitionen – überwiegend Wirtschaftsbauminvestitionen – wachsen um 4,6 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Wachstum von 2,5 Prozent machen den Löwenanteil des Aufschwungs aus. Die Exporte wachsen nur noch schwach. Unter Berücksichtigung des Vorquartals sind es 0,7 Prozent. Die Importe sind um 0,5 Prozent gestiegen. Aber dann kommt das Entscheidende: Die Staatsausgaben sinken um 0,2 Prozent und der private Konsum um 0,4 Prozent. Die beiden Schwachpunkte des Wirtschaftsaufschwungs sind also die Staatsausgaben und der private Konsum. Wer in einer solchen Situation die Mehrwertsteuer erhöht und soziale Leistungen kürzt, zeigt, dass er das Einmaleins der Wirtschaftspolitik nicht verstanden hat. ...

In größeren Industriestaaten ist – in kleine-

In der Praxis liegt der Mindestlohn – zumindest in Ostdeutschland – bei 3 Euro. Sie sagen, dass derjenige, der arbeitet, so viel verdienen müsse, dass ihm mehr Geld zur Verfügung steht als demjenigen, der soziale Leistungen bezieht. Sie haben nicht verstanden, was das bedeutet. Wenn Sie das wollen, müssen Sie zumindest – ebenso wie andere europäische Staaten – einen angemessenen Mindestlohn einführen, damit sichergestellt ist, dass die fleißige Arbeit nicht schlechter entlohnt wird als der Bezug von sozialen Leistungen. Das ist eine Dimension des Mindestlohns, der Sie sich nähern sollten.

Sie haben gesagt: Wir müssen die Zukunft sichern. Was tun Sie aber für die Sicherung der Zukunft? Wer klatscht denn nicht Beifall, wenn jemand hier sagt: „Wir müssen die Zukunft gewinnen“? Es gibt zwei Zahlen, die Sie widerlegen: Die öffentliche Investitionsquote Deutschlands ist – das

Mittlerweile müssen Haushalte bis zu mehrere Monatsmieten aufbringen, um die höheren Energiepreise bezahlen zu können. Deswegen wäre es eine erstrangige Leistung, zu erreichen, dass die Energiepreise in Deutschland nicht weiter so steigen können und dass auf Monopolmärkten nicht weiter so abgezockt werden kann, wie es derzeit geschieht.

Wir haben zwar gehört, Sie hätten irgendein Konzept im Kopf, mit dem Sie in diesem Bereich etwas verändern wollen. Aber wie sieht es denn aus, Frau Bundeskanzlerin? Haben Sie irgendeinen Ansatz, wie Sie die steigenden Energiepreise in den Griff bekommen wollen? Mittlerweile haben einige Länderregierungen den Vorwurf der Linken aufgegriffen, die schon mehrfach vorgetragen hat, dass es ein Fehler war, die staatliche Energiepreiskontrolle auslaufen zu lassen. Jawohl, bei monopolartigen Märkten hat das Gerede über Marktwirtschaft wenig Sinn. Dort muss es eine staatliche Energiepreiskontrolle geben. Ich begrüße es, dass drei CDU-geführte Länder das jetzt erkannt haben, entsprechende Initiativen machen wollen und unseren Ansatz insoweit aufgreifen.

Dasselbe gilt – damit bin ich wieder beim geschätzten Bundesfinanzminister – hinsichtlich der Entwicklung der Mietpreise. Sie beglücken die deutsche Öffentlichkeit immer wieder mit der Absicht, die REITs auch in Deutschland zuzulassen, also pri-

erhöht die Unsicherheit

Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt. Es ist ebenfalls ein gravierender Irrtum, Kampftruppen in den Libanon zu schicken. Dort haben wir nun wirklich nichts zu suchen.

Die Tatsache, dass die Soldaten nur auf See tätig werden, ist kein Argument. Sie werden in Auseinandersetzungen verwickelt werden.

Diejenigen haben gute Argumente, die darauf hinweisen, dass die Libanonkrise im Zusammenhang mit Planungen zu sehen ist, ebenfalls den Iran anzugreifen. Es ist zwar gut, wenn Sie festgestellt haben, dass die Bundesregierung keine militärischen Optionen gegen den Iran unterstützt. Aber man kann in einen Krieg auch hineinschlittern. In den letzten Monaten konnte man beobachten, dass von den Mitgliedern der Regierung unter Einschluss der Bundeskanzlerin, die das Gespräch offensichtlich sehr liebt, immer wieder über Truppenentsendung schwadroniert wurde, so dass am Ende überhaupt keine Klarheit darüber herrschte, in welcher Stärke und in welchem Auftrag – wenn überhaupt – Truppen in dieses Gebiet entsandt werden sollen. Das ist so unprofessionell, dass es einfach nicht mehr nachvollziehbar ist.

... Insofern hat die schlichte Einsicht des Herrn Beckstein viel für sich: Wer sich überall einlässt – und zwar so einlässt wie Sie hinsichtlich des Libanon –, der erhöht die Gefahr für Terroranschläge in Deutschland und verletzt den Eid, den Sie hier geleistet haben, nämlich Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Ich möchte mich nun der zweiten Fragestellung zuwenden, ob Ihre Wirtschaftspolitik geeignet ist, den beginnenden Aufschwung zu unterstützen. Natürlich werden die Regierenden für sich immer in Anspruch nehmen – das kennen wir ja und das ist wohl unvermeidlich –, der Aufschwung sei ihr Werk. Amüsiert haben wir den Streit verfolgt, ob der Aufschwung ein Aufschwung Schröders oder ein Aufschwung Merkels ist. Es wäre allerdings gut, einmal in die deutsche Presse zu schauen. Auch heute kann man darüber Kommentare lesen, in denen eine andere Meinung vertreten wird und in denen darauf hingewiesen wird, dass die Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung überhaupt nicht geeignet ist, den Aufschwung zu unterstützen. Das ist die Wahrheit. Ein einfacher Blick auf die Zahlen zeigt, dass Ihre Wirtschaftspolitik nichts mit dem

ren kann das anders sein – in den letzten Jahren kein Aufschwung beobachtet worden, der nicht wesentlich vom privaten Konsum gestützt wurde. Sie hingegen geben sich große Mühe, den privaten Konsum abzuwürgen. Das ist der Strukturfehler Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bald werden Sie sich streiten können, wem der Abschwung zu verdanken ist: der Vorgängerregierung oder der jetzigen Regierung. Für die Betroffenen ist das aber irrelevant. Angesichts der hohen Zahl an Arbeitslosen und der vielen jungen Menschen, die keine Lehrstelle finden, handeln Sie schlicht und einfach falsch.

Die Behauptung, die Arbeitsmarktreform sei die Grundlage des Aufschwungs, wird durch die Statistiken widerlegt. Es gibt keinen Aufschwung, der nicht mit einer besseren Situation auf den Gütermärkten unterlegt ist. Der jetzige Aufschwung basiert auf einer besseren Situation auf den Gütermärkten. Das „Fummeln“ am Kündigungs-

gilt auch für diesen Haushalt, Herr Bundesfinanzminister – nur halb so hoch wie die der europäischen Nachbarstaaten. Das ist schon seit vielen Jahren so. Wie soll dieser moderne Industriestaat denn die Zu-

kunft gewinnen, wenn Sie nur halb so viel investieren wie die Konkurrenz. Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen. Dieses Versäumnis ist ein gravierender Fehler Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Was nützt all das schöne Gerede über das Gewinnen der Zukunft, wenn wir bei den Bildungs- und Forschungsausgaben nach wie vor weit zurückliegen. Sie offenbaren einen Widerspruch: Sie haben hier zwar hehre Absichten verkündet, aber keinen Ansatz vorgetragen, wie dieses Land auf

vate Immobilienfonds, die hohe Renditen erwirtschaften. Verehrter Herr Bundesfinanzminister, glauben Sie mir, die hohen Renditen kommen nicht vom lieben Gott. Sie kommen woanders her, und zwar von den Mieterinnen und Mietern. Anders ist das nicht zu machen. Irgendjemand muss für diese hohen Renditen zahlen. ...

Wenn man also diese Kombination sieht – auf der einen Seite stagnierende Löhne, auf der anderen Seite steigende Energiepreise und steigende Mietpreise; alles verursacht durch das Handeln dieser Regierung –, dann stellt sich tatsächlich die Frage, welche Vernunft der Arbeit dieser Regierung zugrunde liegt.

Ein Letztes. Wenn ich jetzt wieder lese, dass zum 1. September gemeldet worden ist, dass die Zahl der jungen Menschen, die noch keine Lehrstelle haben, weiter im Anstieg ist, dann komme ich zu dem Schluss, dass das ein eklatantes Versagen Ihrer Regierung ist. Es hat doch keinen Sinn, über Zukunft zu reden, wenn wir dieses Problem nicht in den Griff bekommen. Nun mögen die Ansätze für Lösungen, die hier vorgetragen werden, natürlich da oder dort auf Einwendungen stoßen. Die Lösung, eine Ausbildungsplatzabgabe einzuführen – sie wurde jahrzehntlang in der SPD mit großen Mehrheiten befürwortet –, funktioniert ja beispielsweise in der Bauwirtschaft und auch in den nordischen Staaten. Warum sind wir nicht in der Lage, auch in Deutschland eine solche Lösung zu finden? Ich plädiere im Namen meiner Fraktion nachhaltig für eine solche Lösung.

Ich fasse zusammen. Die zwei Fragen, die ich aufgeworfen hatte, lauteten: Trägt die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung dazu bei, die Sicherheit in unserem Lande zu erhöhen? Trägt die Wirtschaftspolitik dazu bei, das Wachstum zu fördern und die Arbeitslosigkeit abzubauen? Ich komme zu dem Ergebnis, dass beide Fragen verneint werden müssen.

**Ich fasse zusammen:
Trägt die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung dazu bei,
die Sicherheit in unserem Lande zu erhöhen?
Trägt die Wirtschaftspolitik dazu bei, das Wachstum zu fördern und die Arbeitslosigkeit abzubauen?
Ich komme zu dem Ergebnis,
dass beide Fragen verneint werden müssen.**

schutz, am Arbeitslosengeld II oder an den Tarifverträgen führt überhaupt nicht zum Aufschwung. Es ist nun einmal so – das zeigen die aktuellen Zahlen –, dass der Aufschwung von den Gütermärkten und nicht vom Arbeitsmarkt induziert wird. Deshalb muss man alles tun, damit der Aufschwung auf den Gütermärkten erhalten bleibt. Das geht nur durch die Stärkung des privaten Verbrauchs. Die Bundesregierung hat das offensichtlich nicht verstanden.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, dass in Deutschland derjenige, der arbeitet, mehr Geld zur Verfügung haben müsse, als derjenige, der nicht arbeitet. Sie handeln aber eklatant gegen diesen Grundsatz. Ihre Regierung sagt, sie wolle keinen gesetzlichen Mindestlohn. Das zeigt, dass Sie nicht begriffen haben, was Sie hier vortragen.

dem Gebiet der zukunftsentscheidenden Investitionen gewinnen kann.

Früher hatten wir einmal hervorragende Forscher und ein Bildungssystem, das beispielhaft in der Welt war. Diese Situation können wir aber nicht wieder erreichen, wenn die öffentlichen Haushalte, insbesondere die der Länder, weiterhin unterfinanziert sind und wir keinen Weg aufzeigen, wie die Höhe der Bildungsausgaben an das internationale Niveau angeglichen werden kann.

Ich möchte einige kurze Ausführungen dazu machen, wie man den privaten Konsum unterstützen kann. Die Situation der Haushalte, die durch die seit vielen Jahren stagnierende Lohnentwicklung ohne-hin schlecht ist, wurde durch die Entwicklung der Energiepreise weiter verschärft. Durch die Deregulierung der Energiemärkte haben Sie wesentlich dazu beigetragen.

Musiksalons

für Mendelssohn und Schumann

Die Stadtverwaltung und diverse Sponsoren konzentrieren sich auf das jährliche Bachfest. Würden sich außer dem Gewandhaus nicht die Leipziger Komponistenhäuser, das Musikinstrumentenmuseum der Universität und Kirchen für die Mendelssohn-Festtage und die Schumann-Festwoche einsetzen, gäbe es die nicht. Dabei haben diese beiden Meister viel für die Leipziger Musikkultur getan und tiefe Spuren hinterlassen.

Von **WERNER WOLF**

Diesmal rückte der 150. Todestag des Schaffens Robert Schumanns in den Mittelpunkt der beiden Festwochen, die erstmals miteinander verbunden wurden. Riccardo Chailly und das Gewandhaus-Orchester eröffneten sie mit kaum bekannten Fassungen bekannter Werke. So war Mendelssohns Hebriden-Ouvertüre in ihrer Erstfassung zu hören, die nicht nur länger als die vom Komponisten autorisierte dritte dauert, sondern in manchen harmonischen Wendungen und instrumentalen Effekten zupackender wirkt.

Die andere Seltenheit präsentierte Chailly mit Gustav Mahlers Einrichtung der vierten Sinfonie Robert Schumanns. Die zielt nicht, wie mancher Konzertbesucher befürchtet hatte, auf eine größere Orchesterbesetzung hin, sondern im Sinne Schumanns auf eine Differenzierung des Klanges und der Stärkegrade sowie auf eine Verdeutlichung der Stimmführung. Dagegen gab es eine Kuriosität im Konzert des Mendelssohn-Kammerorchesters: eine klangsatte Bearbeitung von Schumanns Konzert für Violoncello und Orchester für vier Violoncelli mit Peter Bruns als großartigen Solisten. Als Seltenheit erklang hier auch das von Mendelssohns Werk angeregte klangschöne Oktett für Streichinstrumente von Niels Wilhelm Gade.

Neben Liedern und Klaviermusik erklangen Werke verschiedener Kammermusikbesetzungen aus der Dresdener und Düsseldorfer Zeit Schumanns. Die Aufführungen der Klaviertrios op. 80 und op. 110, der ersten Violinsonate und anderer Werke machten deutlich, dass die früher öfters vertretene Meinung von nachlassender Einfalls- und Gestaltungskraft korrigiert werden muss. In der Motette des Mendelssohn-Kammerchores hinterließ zudem das Kyrie aus Schumanns Messe starke Eindrücke und weckte den Wunsch, endlich das ganze Werk in Leipzig hören zu können.

Im Sinne Mendelssohns und Schumanns war es, dass das Mendelssohn-Haus einen Kompositionsauftrag für die Festtage vergab. Im Konzert der Reformierten Kirche erlebte Steffen Schlei-ermachers Vertonung des 62. Psalm ihre Uraufführung unter Leitung Christiane Bräutigams. Mit der Wiederholung des Gedenkkonzertes für Robert Schumann vom 20. August 1856 fanden diese Festwochen einen würdigen Abschluss. Vor allem die Konzerte in den historischen kleinen Sälen des Schumann-, des Mendelssohn- und des Bose-Hauses sorgten für eine ganz eigene Atmosphäre.

Inzwischen eröffnete das MDR-Sinfonieorchester zwei seiner drei, jeweils acht Konzerte umfassenden Anrechtsreihen. Dem ersten Rundfunkkonzert mit Werken des Esten Erkki-Sven Tüür, des Norwegers Fartein Olav Falen und der selten gespielten vierten Sinfonie des Finnen Jean Sibelius unter der suggestiven Leitung des finnischen Dirigenten John Storgards wäre ein zahlreiches Publikum zu wünschen gewesen. Diese Sorge bestand für das erste Konzert „Zauber der Musik“ mit Kompositionen von Schumann, Dvorák und Brahms unter Leitung Fabio Luisis von vornherein nicht.

Bewährtes und Neues...

... zwischen diesen beiden Polen muss sich ein Kunstmuseum austarieren. Es gelingt nicht immer. Positiv überrascht das Leipziger Museum der bildenden Künste mit der Ausstellung „Lehmbruck, Rodin, Maillol“. Das dialogische Gegenüberstellen der Skulpturen von Wilhelm Lehmbruck (1881-1919), Auguste Rodin (1840-1917) und Aristide Maillol (1861-1944) erlaubt, die Eigenständigkeit der drei Künstler und ihre freiwillige und unfreiwillige Verflechtung im Schaffen herauszuarbeiten. Lehmbruck, der sich zwischen dem expressiven Rodin und dem aufs Maß bedachte Maillol bewegte, schuf das erste moderne Antikriegsdenkmal: „Stürmender/Getroffener“ (1914/15). Sehenswert und hinreißend „Der Kuss“ (1886) von Rodin.

Ein weniger glückliches Maß legt das Museum mit „Peter Doig – go west young man“ an. Peter Doig, geboren 1959 in Edinburgh, ist mit seinen Frühwerken vertreten, mit den Reflexionen einer 1982/83 unternommenen USA-Reise. Verstörend die mäßige künstlerische Qualität und die Pseudo-Gesellschaftskritik seiner bunten Bilder, die im kommerziellen Kunstbetrieb wohl recht gut ankommt.

Bis 19.11. (Lehmbruck, Rodin, Maillol), bis 26.11. (Peter Doig) Museum der bildenden Künste Leipzig,

Eine Ausstellung von europäischem Rang ...

... lockt nach Magdeburg: „Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation – von Otto dem Großen bis zum Ausgang des Mittelalters“. Anlass ist der 200. Jahrestag des Endes dieses eigenwilligen Staatsgebildes. Zu den spektakulären Ausstellungsobjekten gehören der „Nürnberger Heiligtumsschrein“, der „Codex Manesse“ – die umfangreichste mittelhochdeutsche Liedersammlung, die erstmals seit 15 Jahren von der Universitätsbibliothek ausgeliehen worden ist – und die „Goldene Bulle von 1356“. Respekt, dass es den Kuratoren gelungen ist, Kunstwerke von namhaften Leihgebern aus aller Welt – u. a. Vatikanstaat, New York, Palermo, Stockholm – zu präsentieren. Diese Ausstellung ist als dreidimensionales Geschichtsbuch angelegt. Gleichwohl hätte eine intensivere Darstellung der Lebensumstände der Bauern, Bürger und Knechte nicht geschadet.

Bis zum 10. 12., Kulturhistorisches Museum, Otto-von-Guericke-Str. 68-73, Magdeburg, 10 Min. Fußweg vom Hbf.

• D. M.



Auf reges Besucherinteresse stößt in Magdeburg der über 800 Jahre alte Karlsteppich mit seinen Inschriften: „Wer schnell gibt, gibt doppelt“ und „Was du verschweigen willst, sage niemandem“.

Leihgeber: Domschatz Halberstadt, Foto: Museum Magdeburg

Als Florian Silbereisen am letzten Sonnabend wieder in die Kameras grünte und ständig die Namen von Volkstümern in die Zuschauerhalle posaunte, gab es zur gleichen Sendezeit auf Phönix eine spannende Dreiviertelstunde, die den Kauf des Fernsehgerätes durchaus lohnte.

„Als der Staat rot sah – Justizopfer im kalten Krieg.“ Eine Dokumentation von Hermann G. Altmayr produziert in diesem Jahr beim WDR. Wer regelmäßig Leipzigs Neue liest, hat es in den vergangenen Wochen in einer Serie auch erfahren: Zwischen 1950 und 1968 wurden etliche tausend Frauen und Männer wegen politischer Aktivitäten in der Bundesrepublik verurteilt. Vorbild der jungen BRD waren in dieser Hinsicht die USA und Senator McCarthy. In einer heftigen Phase des Kalten Krieges verteuflte er die Kommunistische Partei der USA als Instrument einer Weltverschwörung. Auch an Rhein und Ruhr

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Gejagt

Von **MICHAEL ZOCK**

begann eine erneute Kommunistenhatz. Angestiftet von Richtern und Politikern, die schon unter dem Hakenkreuz Ähnliches taten.

Populäres Beispiel und mehrfach interviewt durch den Dokumentaristen: Jupp Angenfort, westdeutsches FDJ-Mitglied und damals junger Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen. Hochverrat, Ehrverlust, Berufsverbot. Gejagt und geächtet durch die Justizorgane der BRD. Berührend auch der Fall eines

inzwischen hochbetagten Ehepaares, das, weil kommunistisch überzeugt, nach dem zweiten Weltkrieg in der BRD wieder einstigen Nazirichtern gegenüberstand und von denen verurteilt wurde. Solche Sätze wie „dass Adenauer in seinem Kommunisten-hass reinweg besessen war“, sind im heutigen Deutschen Fernsehen wahrlich nicht die Regel. Auch Ralph Giordano, bis 1952 KPD-Funktionär, zählte zu den Befragten.

Wer kennt unter den Jüngeren noch auf Antriebe den ersten politischen Toten in der damaligen Bundesrepublik? Das Schicksal und die Ermordung des 21-jährigen Philipp Müller sparte diese Sendung nicht aus. In Leipzig wurde dieser Straßennamen weit des Felsenkellers inzwischen gelöscht.

Die Sendung näherte sich ihrem Thema sachlich, berührte aber durch die Emotionen von Männern und Frauen, die es bitter traf, „als der Staat rot sah.“

Gerettet!

Die älteste deutschsprachige Sammlermesse für Filmliteratur, Filmplakate und Filmprogramme.

besteht weiter.

Die vielen Freunde des DEFA-Films haben es vor wenigen Wochen zur Kenntnis genommen und sich garantiert den 23. September im Leipziger Haus des Buches vorgemerkt.

Dem früh katholischen Bürger Günter Grass wirft die „staatsnahe Presse“ Westdeutschlands vor, er sei ein Beichtiger und kein Berichtender. Grund für diese Behauptung ist das späte Bekenntnis von Grass, mit 17 Jahren freiwilliges Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein. Einen „Karrieristen“ meint man zu fangen, der sich den Nobelpreis erlog und erschwieg, Grass ein Moralist ohne Skrupel? Das ist billige Schaum-schlägerei. Hat er nicht durch seine bisherige lange Lebensarbeit längst bewiesen, dass er mit den Nazis nichts im Sinn hat?

Grassens poetische „MS-Bundesrepublik“, sozialdemokratisch beflaggt, zieht ruhig des Dichters und Bildhauers Bahn. Krieg und Nachkrieg, bis zum Ende der 60er Jahre. Grass ist ein sorgfältiger Erzähler, und er ist ein „Bild-Denker“. Von Anfang an gab es viel Geschrei um seine Bücher. Er lebte gewissermaßen immer zwischen Verriss und Auferstehung. Literatur als „gesellschaftliches Ereignis“? Immer wieder begab er sich nach gehabten Prügelein an den Esstisch.

Während die Nachfrage nach seinen Erinnerungen zum boomenden Geschäft gerät, gibt die Literatur-Kritik Einblick in die geistige Mangel- und Misswirtschaft der BRD. Grass hält gegen, hält Kurs. Sein Buch *Beim Häuten der Zwiebel* bewege einzig der öffentliche Wind? Man kennt den Autor als einen „Gourmet der kleinen Leute“. Einen, der dem Wilhelm

Günter Grass: „Beim Häuten der Zwiebel“

Zwischen Verriss und Auferstehung

Beißende Erinnerungen eines Moralisten

Liebknecht gern ein proletarisches Kochbuch von einer seiner Frauen-Gestalten nähergebracht hätte. Günter Grass erzählt sich und uns sein Leben häufig aus der Perspektive seiner verschiedenen Speisen und Kochgelegenheiten. Als wollte er sich uns und unserer Väter und Onkel, vor allem hier, am Esstisch, versichern. Die „Zwiebel“, die Grass im neuen Buch häutet, Stück um Stück, Reif für Reif, treibt ihm wohl Tränen in die Augen, aber seine so ins Bild gebrachte Küchenfreundin, seine Zwiebel, ist unerbittlich. Es riecht nach beißender Mühsal. Die Zwiebel will gepellt und gebraten werden, ehe sie schmecken darf, in diesem und jenen Gericht.

Grass weiß, wie man aufischt und Teller füllt. Stets aber geht er mit sich selbst zuerst ins Gericht. Sei es die immer wieder beschworene *Blechtrommel*, der *Butt* oder der *Königsberger Klops* – der Schriftsteller Grass schenkt

sich nichts. Alles muss raus! Seine frühe Begeisterung fürs Falsche, seine Verführbarkeit und seinen Ekel und die Angst vor sich selbst. Ließen sie ihn immer den Mund voll nehmen? Grass, der sich seiner Zeit verhaftet sieht, der sich nicht scheut, uns zu erklären: „Es gibt keine Stunde null!“, ist längst nicht auserzählt. Grass hält sich und uns mit seiner Feder vor, wie sich sein und unser Bild von uns selbst entwickelt hat oder hätte entwickeln können ... Grass erzählt von seinen ersten literarischen Schritten, er sieht sich selbst mit Spott. Der malende und zeichnende Literat erlaubt sich, seine Welt, die in die BRD mündete, zu entzaubern. Die „Ossis“ oder die DDR sind kaum wahrgenommene Marginalien.

Von seiner Kindheit, seiner Jugend erzählt er. Er berichtet von seinen Geschwistern, seinen Frauen und seinen Kindern. War Grass nur einer, der Glück gehabt hatte? Wir erleben, wie sich dieser alte Mann aufrafft zu erklären, was alles

noch unsere Väter an Schrecklichem zu tun vermocht hätten. Von Franz Fühmann wissen wir, dass er sich bis ans Lebensende nicht hatte ausmalen können, was ihm geschehen wäre, wenn man ihn als SS-Be-wacher im zweiten Weltkrieg an das Krematorium eines KZ gestellt hätte. Grass weiß das auch und schaut auf sich ohne Nachsicht! Er berichtet vom Heulen und Zähneklappen an der Ostfront, weil er

glaubte und nicht litt. Der nüchterne Verstand fiel schwer aufs jugendliche Gemüt. Auch dies ein Zeichen für eine weit überforderte Generation.

Der Schriftsteller verbietet sich Mitleid mit sich und uns. Er tut, was er immer getan hat: Er stört deutsche Ruhe auf. Grass ist Realist und Zweifler. Der hohle Turm des Konsums war ihm immer suspekt. Es mangelt ihm nicht an Erinnerungskultur.

Wer könnte schon den Stoff des großen, donnernden Lebens einem schwierigen, üblen Zwerg namens „Oskar“ aufschneiden?

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL

Günter Grass: Beim Häuten der Zwiebel. Steidl Verlag, Göttingen 2006. 480 Seiten mit 11 Rötelvignetten, 24 Euro

Bittere Wahrheit

Die bis 2005 vorgelegten Listen mit den Opfern des Großen Terrors in der Sowjetunion der Jahre 1937/38 enthalten insgesamt 567 Personen, die aus Deutschland stammen oder mit Deutschland besonders verbunden waren. Ulla Plener und Natalia Mussienko listen ihre Namen auf, ergänzt durch nähere Angaben zur Person. Die meisten von ihnen wurden in Butovo bzw. in Butovo-Komunarka bei Moskau, auf dem Moskauer Friedhof Donskoje und in Levasovo bei Leningrad erschossen und verscharrt oder eingäschert. Dieser Menschen zu gedenken und ihnen wenigstens ihren Namen wiederzugeben – das ist das Anliegen der vorliegenden Publikation. Ein ausführliches Nachwort von Ulla Plener behandelt sachkundig die Fiktionen, Fakten und Folgen des stalinistischen Massenterrors in ihm ist zu lesen, dass zu 70 der genannten Persönlichkeiten keine näheren Angaben über ihre politische Orientierung vorliegen. Von den übrigen 457 waren, wie die Autorin enthüllt, mindestens 308 Kommunisten – Mitglieder der KPD und des KJVD, von denen viele nach ihrer Übersiedlung bzw. Flucht in die UdSSR Mitglied der KPdSU bzw. des Komsomol wurden. Die meisten von ihnen waren hoffnungsvoll ins „Vaterland der Werktätigen“ gekommen. Sie glaubten sich geschützt und wollten helfen, dieses Land weiter aufzubauen und gegen Feinde zu verteidigen.

Schwer wiegt die Frage nach den Ursachen. Ulla Plener sieht sie vor allem in der Missachtung der Persönlichkeit, auch die des Parteimitglieds. An die „Stelle des Vertrauens unter Genossen – unerlässliche Grundlage einer Parteimitgliedschaft in der Arbeiterbewegung“, so schreibt die Autorin, war das Misstrauen getreten, „es wurde zur eigentlichen zentralen Parteinorm“. Somit vermittelt die Darstellung zugleich die Erkenntnis, dass die persönlichkeitsnegierende Norm des Parteikommunismus nie und nimmer wiederkehren darf, ganz gleich wo und zu welcher Zeit. Am 10. Oktober 1993 wurde in Butovo ein Gedenkstein errichtet mit der Aufschrift: „An dieser Stelle des Butover Schießgeländes wurden in den Jahren 1937–1938 viele Tausende Opfer politischer Repressionen vom NKVD-MGB heimlich erschossen und beerdigt. Zum ewigen Gedenken an sie.“

Den Herausgeberinnen ist zu danken, dass sie sich dieser bitteren Wahrheit angenommen haben.

• KURT SCHNEIDER

Ulla Plener, Natalia Mussienko (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006. 168 Seiten, 9,90 Euro

Die jüngste Schrift *Rückblicke auf Ernst Thälmann* des Berliner Historikers Ronald Sassning bietet auf neuestem Forschungsstand erstmals einen Gesamtüberblick zum Leben und Wirken des KPD-Führers seit der legendenbehafteten großen Thälmann-Biografie der DDR von 1979. Es wird der Nachweis geführt, dass es sich ungeachtet vereinfachender Klischees um eine nicht zu umgehende Persönlichkeit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit zugleich tragischem wie aufrüttelndem Schicksal handelt. Sassning ist bemüht um ein realitätsnahes Thälmann-Bild jenseits von Glorifizierung und Verdammung und spart nicht mit Kritik an den vorherrschenden Darstellungsantipoden.

Basierend auf seiner Analyse des öffentlichen Umgangs mit dem 60. Jahrestag der Ermordung des KPD-Führers 2004 sowie seinem 120. Geburtstag in diesem Jahr wird der Frage nach dem angemessenen Umgang mit Ernst Thälmann nachgegangen. Letzteres Jubiläum sei besonders von der „massiven Kultverbreitung der Thälmann-Legende durch altkommunistische Stammkader“ geprägt gewesen, kritisiert der Historiker.

Sassning arbeitet im ersten Teil der Publikation die früher unterbelichtete Entwicklung vom linken Basisaktivisten der SPD der Vorkriegszeit bis zum langjährigen KPD-Vorsitzenden der Weimarer Republik heraus. Zugleich werden dabei vollzogene Veränderungen dieser Partei im Rahmen ihrer Bolschewisierung, die zunehmende Entfernung von ihren originären Wurzeln be-

Eine wichtige Schrift zur richtigen Zeit

schrieben. Am Ende dieses Prozesses geriet sie gar zur Arbeitslosenpartei, die kaum noch in Industriebetrieben verankert war. Bis heute reißen Mutmaßungen nicht ab, dass andere KPD-Führer es besser als Thälmann gerichtet und Fehlentwicklungen vermieden hätten, was der Autor für ahistorisch befindet. Die Wittorf-Affäre, ein Unterschlagungsskandal, markierte 1928 eine Zäsur für den Vorsitzenden. Nur ein Machtwort Stalins hatte das „proletarische Aushängeschild“ vor der Abwahl gerettet. Thälmann sei sich bewusst gewesen, sich nun in der Hand des Sowjetführers zu befinden.

Im zweiten Teil wird die Erschließung neuer Quellen dokumentiert. Neuwert vermitteln besonders die als vermeidbar belegte Verhaftung des Thälmann-Stabs 1933, aber auch der persönliche Reifeprozess des KPD-Führers bei ungebrochenem Widerstehen während der NS-Haftzeit. Dem sind die unmittelbaren Vorgänge um den 20. Juli 1944 vorangestellt. Es erschließt sich ein so bisher nicht gezogener Vergleich zweier Protagonisten ganz unterschiedlicher Facetten des antifaschistischen Widerstandes: Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Ernst Thälmann.

Faktenreich wird nachgewiesen, dass Thälmann ein frühes indirektes Opfer von NS-Maßnahmen in der Folge des gescheiterten Um-

sturzversuchs ist, die Aktion „Gewitter“ eingeschlossen. Überwunden wird das während des Kalten Krieges gängige Fokussieren auf Einzeltäter. Die an der Mordvorbereitung beteiligten Schreibtischtäter rücken ins Blickfeld, wobei Thälmanns „Blutspur“ zur Mordstätte Buchenwald nachgezeichnet wird. Der Historiker bezeichnet besonders Thälmanns Sozial- und Friedensmission, seinen Kampf gegen Militarisation und Monopolherrschaft, seine Volksverbundenheit und die bis zuletzt ungebrochen antifaschistische Gesinnung als „bewahrenswertes geschichtliches Verdienst und aktuelles Vermächtnis“. „Respekt und partielle Ehrung sind objektiv angebracht“, resümiert Sassning, „ob man ‚Teddy‘ persönlich mag oder nicht“, und wirft damit zugleich die brandaktuelle Frage nach heutigem Umgang mit historischen Vorbildern erneut auf. Künftige Publikationen werden die in der vorliegende Schrift informationsreich und ausgewogen getroffenen Einschätzungen kaum ausklammern können.

• FRED BRUDER

Ronald Sassning: Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2006, 116 S., 6 Euro

KALENDERBLATT**Vor 100 Jahren geboren****Werner Jurr**

Das Leben von Werner Jurr, der am 20. September 1906 geboren wurde und von Beruf Klempner war, stand bis zu seinem Tode im Dienste der Arbeiterbewegung. Wir kennen von ihm nur Daten über politische Funktionen und Haftzeiten. Wir können ihn den Lesern nicht in wörtlicher Rede nahe bringen. Und dennoch, sein kurzes Leben war reich an Kämpfen, Niederlagen und schmerzhaften Erfahrungen.

Werner Jurr trat 1921 dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei. 1924 wurde er Mitglied der KPD und 1925 gewähltes Mitglied des ZK des KJVD. Nach seiner Tätigkeit als Gauführer der Roten Jungfront (RJ) für Berlin-Brandenburg, wird er, knapp 21 Jahre alt, Mitte 1927 Vorsitzender der Roten Jungfront für Deutschland. Doch bereits im März 1929, die innerparteiliche Situation ist äußerst angespannt, wird er wegen seiner scharfen offenerzigen Kritik an der Korruption im Roten Frontkämpferbund (RFB) aus KPD, RFB und Kommunistische Jugendinternationale (KJ) ausgeschlossen. Die Partei, der er bis dahin angehörte, hatte sich wegen ihres ultralinken Putschismus isoliert. Die KPD (Opposition) und Kommunistische Jugend-Opposition (KJO) wird nunmehr sein politisches Wirkungsfeld. Neben Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Böttcher u.a. wird er in die Reichsleitung der KPD (0) gewählt, in der er der engeren Leitung für die laufende Arbeit angehört. Ebenso wird er Mitglied der Reichsleitung der KJO. Wegen eines von ihm verfassten antimilitaristischen Artikels wird Werner Jurr 1929 zu einem Jahr Festungshaft verurteilt, die er in Gollnow verbringt. Ende 1932 näherte er sich wieder der KPD an und beteiligt sich an deren illegaler Arbeit. 1934 wird er deswegen verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Brandenburg absitzt und wo er der Leitung der dortigen illegalen Widerstandsorganisation angehört. Danach erfolgt seine Überführung in das KZ Sachsenhausen. Nach seiner Entlassung 1940 schließt er sich der Widerstandsgruppe um Anton Saefkow an. 1943 wird er zum Strafbataillon 999 eingezogen und im Juli 1944 bei der Truppe in Griechenland erneut verhaftet. Am 8. Oktober 1944 – im Prozess gegen Saefkow-Jakob-Bästlein – erhält er sieben Jahre Zuchthaus. Nach der Befreiung vom faschistischen Joch wird Jurr Mitglied der KPD, später der SED, er leitet die Personalabteilung der Zentralverwaltung für Industrie der SBZ. Doch bereits am 6. Dezember 1947 verstirbt er an Krebs.

• **KURT SCHNEIDER**

Am 30. September und 1. Oktober 1946 war der Blick der Weltöffentlichkeit auf Nürnberg gerichtet, wo nach knapp einjähriger Prozessführung die juristischen Urteile gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher verkündet wurden.

Zum Tode wurden verurteilt: Martin Bormann in Abwesenheit, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Saukel, Arthur Seys-Inquart und Julius Streicher.

Zu lebenslanger Haft: Rudolf Heß, Walther Frank und Erich Raeder.

Zu 20-jähriger Haftstrafe: Baldur von Schirach und Albert Speer.

Zu 15-jähriger Haftstrafe: Konstantin von Neurath.

Zu 10-jähriger Haftstrafe: Karl Dönitz.

Freigesprochen wurden Hans Fritzsche, Franz von Papen und Hjalmar Schacht.

Das Verfahren gegen den ebenfalls angeklagten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war gesundheitsbedingt eingestellt worden.

Robert Ley hatte sich den Verhandlungen durch Selbstmord in seiner Nürnberger Zelle entzogen. Hermann Göring nahm sich am Tag der Hinrichtung – 16. Oktober 1946 – zwei Stunden vor der Vollstreckung mit einer Giftkapsel das Leben.

Die noch durch die vielfältigen Folgen des schrecklichen Krieges geprägte Welt schien über dieses Urteil aufzuatmen. Der Schwur „Nie wieder Krieg!“ war bestärkt worden. Ebenso die Hoffnung auf eine nunmehrige Welt des Friedens. Doch die Freisprüche empörten. In allen Teilen Deutschlands fanden Streiks, Protestdemonstrationen und -kundgebungen gegen den Freispruch Schachts, v. Papens und Fritzsches statt. Diese Aktionen erzwangen schließlich deren erneute Verhaftung und eine Verurteilung durch deutsche Gerichte.

Die außerordentliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses bestand darin, dass sich führende Politiker und Militärs eines Landes wegen des von ihnen entfesselten Angriffskrieges und der während seiner Vorbereitung und Durchführung verübten Verbrechen zu verantworten hatten. Zum ersten Mal in der Geschichte standen vor einem internationalen Gericht Verbrecher, die sich, wie der sowjetische Hauptankläger R. A. Rudenko betonte, „in den Besitz eines ganzen Staates gesetzt und den Staat selbst zum Werkzeug ihrer

Vor 60 Jahren: Nürnberger Prozess

Jeder, der Gleiches begeht, sollte künftig ebenso bestraft werden

ungeheuerlichen Verbrechen gemacht“ hatten. Zugleich sollte mit diesem Prozess der Wiederholung solcher Verbrechen vorgebeugt werden. Der britische Hauptankläger H. Shawcross erklärte dazu, dass keiner je vergessen sollte, dass nach dem gleichen Maß, nach dem in Nürnberg zu messen und zu

Die außerordentliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses bestand darin, dass sich führende Politiker und Militärs eines Landes wegen des von ihnen entfesselten Angriffskrieges und der während seiner Vorbereitung und Durchführung verübten Verbrechen zu verantworten hatten.

urteilen war, künftig jeder andere, der Gleiches begeht, ebenso hart bestraft wird.

Die völkerrechtliche Bedeutung des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses besteht letztlich auch darin, dass mit diesem Prozess historisch neue, demokratische Grundsätze des Völkerrechts praktiziert wurden. Sie fanden am 11. Dezember 1946 durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Bestätigung als allgemeingültige völkerrechtliche Grundsätze.

Und dennoch, dem Nürnberger Prozess folgte kein allgemeiner, umfassender Völkerfriede, sondern vielmehr der Kalte Krieg, die Politik der Stärke und des Wettrüstens sowie zahlreiche Kriege bis in unsere Gegenwart hinein. Der Präsident des Internationalen Gerichtshofes in den Haag, Kirsch, sah sich kürzlich veranlasst, auf der offiziellen Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Nürnberger Prozesses darauf hinzuweisen, dass die Bedeutung der NS-Kriegsverbrecherprozesse für die Weltgemeinschaft lange Zeit unterschätzt worden sei. Kirsch forderte alle Staa-

ten dazu auf, den Strafgerichtshof anzuerkennen, damit Verbrechen – wie von den Nazis begangen – vermieden werden können.

Die – im Unterschied zur DDR – mehr als halbherzige Verfolgung von Naziverbrechen und Neofaschismus in der BRD, die Übernahme hochbelasteter NS-Politiker und Militärs in Staatsfunktionen und dgl., die Verletzung bzw. Missachtung wesentlicher Grundsätze des Potsdamer Abkommens lasten schwer auf der Geschichte unseres politisch geeinten Landes. Der Einsatz der Bundeswehr, im Widerspruch zum Grundgesetz, in internationalen Krisengebieten, in denen sich aus dem USA-Anspruch, die Führungs- und Ordnungsmacht der Welt von heute zu sein und die Welt neu ordnen zu wollen, hochgefährliche Gefahren für den Weltfrieden ergeben, widerspricht klar den Lehren der Geschichte.

Während gemäß des Grundgesetzes vom Bund Streitkräfte zur Verteidigung des Landes aufgestellt werden und außer zur Verteidigung nur eingesetzt werden dürfen, soweit es das Grundgesetz zulässt, befinden sich zur Zeit rd. 8000 Angehörige der Bundeswehr in 10 Ländern der Welt im Einsatz, eine Zahl, die mit ihrer Beteiligung an der Libanon-Aktion sprunghaft ansteigen wird. In welchem Maße und auf welche Art und Weise auch immer, die Bundeswehr ist am militärischen Geschehen in Brennpunkten der Welt beteiligt. Statt Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wird ihm von seiner Regierung Schaden auferlegt, wird es tödlichen Gefahren ausgesetzt. Die Außenpolitik der derzeitigen Bundesregierung gehört dringender den je auf den Prüfstein – Abkehr von ihr und Hinwendung zu einer tatsächlichen Friedenspolitik ist unerlässlich.

Die Lehren des Prozesses von Nürnberg sind Mahnung und Verpflichtung für eine Innen- und Außenpolitik eines jeden Staates, dem Frieden in der Welt zu dienen. Nürnberg ist und bleibt aktuell. • **KURT SCHNEIDER**

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (43)

In Gohlis befindet sich eine der schönsten Sehenswürdigkeiten Leipzigs, das Gohliser Schloßchen. Es wird in diesem Jahr 250 Jahre alt.

Das Dörfchen Gohlis lag vor den Toren der Stadt und hatte Ende des 18. Jahrhunderts ganze 450 Einwohner in etwa 45 Häusern. Entlang der Dorfstraße, der heutigen Menckestraße, lag Bauerngut neben Bauerngut. Mehr und mehr aber wurde Gohlis zum Ausflugsziel oder auch zum Sommersitz der Leipziger Bürger. Den Mittelpunkt des Dorfes bildete das sogenannte „Turmgut“, das eigentlich aus drei Gütern bestand und durch den Turm auf einem der Güter herausstach. In Erinnerung an dieses Turmgut, das im Volksmund auch Schloßgut genannt wurde, erhielt 1914 die kleine Straße zwischen dem Rosental und dem Gohliser Schloßchen den Namen Turmgutstraße. Über eine Schneise im Rosental und diese kleine Straße hatte man

einen herrlichen Blick von der Rosentalwiese auf das Schloßchen.

Das Areal dieses Turmgutes kam durch Vererbung in die Hände der Frau des Leipziger Stadthauptmanns Richter, der mit dem Bau des Gohliser Schloßchens

begann. Der Bau lag in den Händen von Johann Friedrich Knöfel, an der Innenausgestaltung hatte Adam Friedrich Oeser, u. a. Zeichenlehrer von Goethe, wesentlichen Anteil. Als Richter starb, heiratete seine Witwe den Universitätsprofessor Johann Gottlieb Böhme, der das zum Dorf gehörende Freigut dazu kaufte und den Ausbau des Schloßchens beendete. Ihm verdanken wir auch den ersten Spazierweg durch das Rosental, für dessen Errichtung er 150 Taler spendete. Die Straße von der

Menckestraße am Schloßchen vorbei zum Rosental hieß „Grüne Gasse“ und wurde 1907 in Schloßchenweg umbenannt.

Das Gohliser Schloßchen fiel 1793 mit einer umfangreichen Bibliothek und Kunstsammlung testamentarisch an die Stadt Leipzig. Während der Völkerschlacht wurde das spätbarocke Schloß Hauptquartier der französischen Armee, dann des russischen Generals Winzingerode und schließlich Lazarett. 1832 verkaufte es die Stadt, doch 1906 ging es wieder in städtisches Eigentum über. 1934 bis 1937 wurde es grundlegend restauriert und anschließend von den Nazis als „Haus der Kultur“ genutzt. Im II. Weltkrieg erlitt es durch Bomben Beschädigungen, die bis 1977 beseitigt wurden. Von 1950 bis 1985 beherbergte es das

Bacharchiv. Außerdem fanden hier Konzerte, insbesondere Serenadenkonzerte, statt. Nach der Wende war es nur teilweise genutzt und wurde am 28. Oktober 1998 wiedereröffnet. Daran hatte der „Freundeskreis Gohliser Schloßchen“ großen Anteil. Er ist

Turmgutstraße Schloßchenweg

seit 2005 auch der Betreiber. Er bemüht sich um ein vielfältiges kulturelles Leben.

Die beiden Erbauer wurden in Gohlis bereits 1875 durch die Böhmestraße und 1896 durch die Richterstraße geehrt.

Nichts mit dem Gohliser Schloßchen zu tun haben die Schloßgasse, die ihren Namen nach der Pleißenburg erhielt, und der Schloßweg, der mit dem Rittergut Kleinzschocher im Zusammenhang steht.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Es kommt heutzutage nur noch selten vor, dass es mir beim Zeitunglesen die Sprache verschlägt. Das ist schnell erklärt: *Bild* lese ich nicht mal auf dem Abtritt und an die übrigen (bis auf die *junge Welt*) habe ich mich immunisiert. Dieser Tage aber hielt ich zumindest die Luft an, als die *LVZ* las. Früher, also zu der Zeit, als über Leipzig nur selten die Sonne schien, die Schaufenster leer waren und niemand – außer unter der Bettdecke – den Mund öffnete, waren in der Sportredaktion sehr ehrenwerte Kollegen tätig, promovierte sogar und die wussten im Sport Bescheid.

Dieser Tage aber war einer von deren Nachfolgern auf die Idee gekommen, eine *sid*-Nachricht abzudrucken, die normalerweise sämtliche DDR-Alarmglocken hätten schrillen lassen müssen. Schon um nicht demnächst auch noch Leipziger Rechtsanwälte zu Überstunden zu zwingen, zitiere ich und stelle nur Fragen. Jeder kann hierzulande Fragen stellen ...

„Leipzig (*sid*). Mehr Geld, mehr Anerkennung, mehr Koordination: Einen Aufbruch zu neuen Ufern erhofft sich das sportwissenschaftliche Institut des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Das Ensemble aus Akademikern und Forschern an den Hochschulen, Olympiastützpunkten, der Trainier-Akademie in Köln, am Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) in Leipzig und dem Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) in Berlin soll und muss unter dem neuen Sport-Dach besser zusammengeführt werden.“

Mal ehrlich: Klingt das nicht nach SED-Direktive? Schon „soll und muss“? Ist es inzwischen nicht längst üblich, zu „empfehlen“, „vorschlagen“ oder „anzu-

raten“?

Weiter in der *LVZ*: „Der alte Deutsche Sportbund hat begleitet, begutachtet und moderiert, aber nicht geführt. Der DOSB muss führen und die strategischen Leitlinien vorgeben wie in einem Großunternehmen. Das ist der Schlüssel zum Erfolg.“

„Muss führen und strategische Leitlinien vorgeben ...“ Woher stammt denn dieses Vokabular? Sollten da nicht die „Stasi“-Schnüffler eilig mang ihren Schnipseln suchen?

Es ging munter in diesem Ton weiter: „Wir brauchen eine Strategie über 2010 hinaus“. Ist das nicht schon brutale Planwirtschaft?

Wer zum Henker kann den Mut aufgebracht haben,

Sportkolumne

Mein Leipzig ...

dem deutschen Sport zu raten, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen? In die medaillenreiche, wohl gemerkt, also in die der DDR?

Die *LVZ* verriet es: „...sagte IAT-Direktor Arndt Pfützner.“

Also: Ein in Leipzig Ansässiger war der Held. Und wieso fiel der bislang nicht auf? Vielleicht, weil er früher nur Oberassistent für Skilanglauf in dem so verrufenen DDR-Forschungsinstitut war? Aber hatte er nicht gleich, als neue Köpfe und neue Gesinnung gefordert waren, beides laut genug bekundet? Versichern nicht Eingeweihte sogar, dass er das mit Nachdruck tat?

Ich käme vom Thema ab, wenn ich das Pfützner-Zitat aus der *LVZ* nicht vollenden würde: „Der DOSB muss entscheiden, wo wissenschaftliche Kapazitäten reingesteckt werden. Entscheidend ist für den Spitzensport, dass alle Beteiligten geschlossen und abgestimmt an einem Strang ziehen und im Mittelpunkt das

Training und die Leistungsentwicklung der Sportler steht“, erklärte der Leipziger.“

Hatte ich richtig gelesen: ... „muss entscheiden“ ... „geschlossen und abgestimmt an einem Strang ziehen“ ... Klang das nicht nach Zwang und Druck und fast schon nach knallharter Parteidisziplin? Und dann schloss der Held aus Leipzig klagend: „Leider nutzen momentan nur 15 der olympischen Verbände das trainingswissenschaftliche Know-How der IAT-Mitarbeiter. Beim ‚Top-Seminar‘ zur Auswertung der Winterspiele von Turin fehlten die Trainer der Sommersportarten fast durchweg.“

Ich fahre mit meinen Fragen eines Fassungslosen fort: Von wem wurde denn dieses Seminar – damals natürlich nicht „Top“ – übernommen? Was wäre wohl geschehen, wenn sich das DDR-Forschungsinstitut dieses Seminar hätte patentieren lassen, wie der Erfinder des Ampelmännchens seinen grünen Fußgänger? Hätte es möglicherweise dann gar nicht stattfinden könne, weil die Mittel für die Patentschutzgebühr gefehlt hätten?

Spaß beiseite. Wenn ich die Zeitung richtig gelesen habe, wurde darin vorgeschlagen, Strukturen des DDR-Sports zu übernehmen und zwar so konsequent, wie es einst der DTSB praktiziert hatte. Wo aber soll – frage ich – der deutsche Sport hingelangen, wenn es dazu kommt? Dass man bei Athleten, die angeblich für die „Stasi“ tätig gewesen waren, ein Auge zu drückte, so lange sie Medaillen für Deutschland holten, versteht jeder (Deutschland über alles ...), aber nun auch noch mit dem DDR-Vokabular das DDR-System übernehmen? Ich dachte, da hätten den *LVZ*-Redakteuren schon mal ein paar warnende Worte einfallen müssen.

Was sonst noch passierte? Die Fernseh-Obersten kamen zusammen und sollten auch entscheiden, ob der Sportkoordinator Hagen Boßdorf trotz seiner „Stasi“-Vergangenheit und seiner undurchsichtigen Jan-Ullrich-Deals im Amt bleibt. Dass er im Amt bleibt, passt beinahe zu der *LVZ*-Nachricht. Der ARD-Programmdirektor Struve teilte den zum Teil enttäuschten, zum Teil sprachlosen Journalisten auch mit, was den Ausschlag gegeben hatte: Boßdorf sei „überdurchschnittlich“ in seinen Leistungen. Aber niemand erwähnte, dass er Sportjournalist in der DDR studiert hatte. Wo da?

Na, in Leipzig ...



**JETZT
AM KIOSK
ODER BEQUEM IM PROBEABO
01805 / 917 917**

[0,12 €/min]

www.melodieundrhythmus.com

**Jetzt
NEU!!!**

Aufsehenerregend wirkte im August 1976, vor dreißig Jahren, die Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz. Der Theologe meinte, die „Kirche in der DDR“ solle den „Kommunismus anklagen wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen“. Tatsächlich aber nahmen Kirchen, deren Leitungen sowie einzelne Christinnen und Christen mancherlei Vorkommnisse zum Anlass, um Einspruch gegen Ungereimtheiten, Gesetzesverstöße oder anderes Belastendes zu erheben. Gab es also wirklich keine andere Entscheidung, seine Haltung kundzutun, keine Alternative zu dieser spektakulären Tat eines Pfarrers? Mancherlei Begegnungen von Christen und Sozialisten in der DDR, beispielsweise an den bisweilen intensiven Gedankenaustausch im Rahmen der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), der CDU, der Nationalen Front, manchmal auch bei kirchlichen Veranstaltungen wie Kirchentagen, zeigten diese Alternativen. Dazu zählt auch das praktizierte Selbstverständnis von

Kein Zeugnis in der Nachfolge Jesu

Gedanken zur Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz vor 30 Jahren

Christen in der DDR als „Zeugnis und Dienstgemeinschaft in der Nachfolge Jesu“ inmitten einer sozialistischen Gesellschaft. Die im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen Landeskirchen waren bestrebt, diese theologische Position mit Leben zu erfüllen, in der Verkündigung, in der Seelsorge, in der Diakonie und Jugendarbeit. Die heutige Berichterstattung und Kommentierung des eingangs erwähnten Ereignisses erscheint mir demgegenüber populistisch und einseitig.

D. Dr. Albrecht Schönherr, der frühere Ostberliner evangelische Bischof und langjährige Vorsitzende des Kirchenbundes der DDR, war es, der immer wieder zum Gespräche ermutigte, zum Dialog mit Vertretern der SED und des Staates, um Kritikwürdiges anzusprechen und um Veränderungen bemüht zu sein, aber auch, um Gemeinsamkeiten auszuloten. Der stark vom Berliner

Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer Geprägte beging übrigens am 11. September seinen 95. Geburtstag. Gerade dieser in der Weltchristenheit bekannte und verehrte evangelische Christ und Kirchenmann war es auch, der Christen immer wieder aufforderte, in der Zeit des Kalten Krieges ihre Verantwortung für die Friedenssicherung und für soziale Gerechtigkeit wahrzunehmen. So wurde zahlreichen Pfarrerinnen und Pfarrern sowie anderen Christen in der DDR klar, dass die Entscheidung von Oskar Brüsewitz kein Zeugnis in der Nachfolge Jesu ist. Dabei sollten wir auch bedenken: Wenn wir seinen Weg unkritisch und unbedacht annehmen, müssen wir die Selbstmordattentate viel positiver bewerten, als dies getan werden kann, ebenso die konfliktträchtige Massenarbeitslosigkeit.

HERMANN GERATHEWOHL
LEIPZIG

Zu LN 18'06: „Gebt 8! Gefahren auf dem Weg zum gesetzlichen Mindestlohn“

Warum gegen OWUS?

Martin Lesch schrieb, dass OWUS den Mindestlohn generell unterlaufen möchte. Warum sucht er sich ausgerechnet einen linken Kleinunternehmerverband – vielfach Arbeitslose, die existentiell bedingt, in die Selbstständigkeit wechselten – zum Gegner aus, die ihrerseits auf seriösen Umgang mit Arbeitskräften bedacht sind? Ich habe mich in der AG Soziales nicht nur für Mindestlohn erklärt, auch diverse Höchstlöhne habe ich als wirtschaftsschädlich bezeichnet.

Ich habe bei OWUS dazu aufgerufen, die Mindestlohneinführung generell zu unterstützen, halte mich selbst daran. Da muss man aber bei drohendem Untergang des Unternehmens / des Unternehmers auch miteinander reden können, sonst geht der Konkurs schneller, und die Arbeitsplätze sind schneller weg.

Um die Global Players, die Arbeitsplätze abschaffen, aus Deutschland auslagern oder in 400-Euro-Jobs verwandeln, macht Lesch einen Bogen. Die Gewerkschaften tragen mit Streit für Spitzenlöhne zur Einkommensspreizung bei, die Arbeitslosen bleiben weiter draußen.

GERALD BINDIG, MARKKLEBERG

Der Friederich, der Friederich, war einst ein Pflugschar-Schmiederich. Doch höhnisch kommt der Fuchs (der Rote) geschlichen, er lacht ganz laut, sieh da! Die Steine des Anstoßes sind immer noch da! Und die Weltverbesserer, welche diese einst wegräumen wollten, mal über ihre damaligen Aktivitäten und was darauf folgte, nachdenken sollten ...

Der Mammon regiert nun unser Land mit brutaler Gewalt, und fünf Millionen Arbeitslose lassen unsere neuen Machthaber und „Volksvertreter“ kalt.

Obwohl, die Nächstenliebe war schon immer ihre Stärke, gehen sie nun schon seit 15 Jahren nur gegen die Stasi bedingungslos zu Werke.

Schließlich setzten sie schnell und mit einem Ruck, „Lausch und Glotz“ für „Horch und Guck“.

Einst wollten wir Schwerter zu Pflugscharen schmieden, aber wie sieht es aus in der Welt mit Frieden?

Damit nun erstartet und sich fortsetzt der Friede, da liefern wir Truppen und auch mal U-Boote in Krisengebiete.

Es hilft kein Beten und kein Mucken, die Rüstung lässt sich nicht von den Friedenskämpfern in die Suppe spucken. Die Lerche singt es frank und frei:

Du sollst nicht töten! Die Militär-Seelsorger waren seit eh und jeh immer mit dabei.

Wer das Schwert anfasst, kommt dadurch um, und wer für Öl in den Irak geht, ist dümmel als dumm. Wird er

ANNELIES KREMKAU: Verse einer Montagsdemonstrantin

An ihren Früchten kann man sie erkennen

Der Pflugschmied und die Weltverbesserer

dann als Geisel genommen, gibt es bei uns viel Geschrei. Aber wir sind das Volk, wir kaufen sie frei, doch vorher bilden wir eine nette Lichter- oder Menschenkette. Sind die Geiseln dann frei von Angst und dem Tod, dann gehen wir in die Kirche, und danken dem lieben Gott. Und Frau Merkel unterdessen, als sie vom Bärenfleisch gegessen, ging die Menschenrechtsverletzer mächtig an, von Guantánamo bis Sichuan.

Ihr Friedensfreund Bush im Heiligenschein stellte auch sofort fast überall die Folter ein. Nur den bösen China-Kommunisten schien das schnuppe, als Merkel anreiste mit ihrer Wirtschaftsunternehmer-Truppe. Mit dem Wirtschaftskomitee reiste auch Herr Tiefensee, unser frommer Cello-Spieler streckt nun auch in China aus die Fühler. Vorher hat er aber mit Bedacht, den Tunnelbau in Leipzig angefacht und sich dann schnell davon gemacht.

Er begleitet nun den Ministerposten, hingegen zahlt

Leipzig gerne alle Tunnelkosten.

Denn was wäre auch eine Helden- und Olympia-Stadt, wenn sie nicht mal 'nen Tunnel hat?

Ja, unserem Minister mangelt es nicht an guten Ideen, man kann ihn auch als Erfinder der „Heimatschachtel“ ansehen, mit DDR-Produkten ganz vom Besten. Als wir noch die notleidenden Brüder und Schwestern waren, kamen die Schachteln und Pakete massenhaft aus dem „Goldenen Westen“.

Bekäme ich so eine „Schachtel“, das könnt Ihr wissen, ich hätte ihm den ganzen Scheiß an den Kopf geschmissen.

Mit so einem Blödsinn löst man die Arbeitslosigkeit nicht! Die Menschen brauchen einen Arbeitsvertrag, nur das hat Gewicht.

Wie geht es nun weiter in unserem Land und der Welt? Einige wenige Menschen machen Profite und scheffeln das Geld. Wenn Millionen Menschen (Kinder) verhungern und sterben (kriechen) täglich in Kriegen ohne Sinn, für die Kriegstreiber war es immer ein Gewinn. Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht??

Das gab es schon in den biblischen Zeiten nicht, seit nun schon 2000 Jahren wird so etwas salbungsvoll verkündet, darum glaube ich es nicht. Wer an Gott glaubt, muss auch nach Gottes Willen handeln! Dann könnte sich die Erde in ein Paradies verwandeln!

Wanderungen durch Neufünfland

NUR LUTHER IST ES ZU DANKEN, dass es dieser Tage keinen größeren Ärger gab. Wir malten uns aus, was alles hätte geschehen können, wenn der Papst bei seinem Trip durch Deutschland erfahren hätte, dass man den seit 1139 existierenden katholischen Pfarrhof Döhlen zum Verkauf angeboten habe. Nicht gleich in einer Anzeige oder gar im Internet, aber immerhin, der Papst wäre garantiert ausgerastet. Tat er nicht, denn es war längst ein evangelischer Pfarrhof. Im Mai war der letzte Pfarrer davongezogen und danach hatte man viel geredet, aber nichts erreicht. Das denkmalgeschützte Anwesen – eine Gurkenmagnolie gehört dazu, ein kunstvoller Taubenschlag, ein früheres Bienenhaus und die überdachte Weidabrücke – geriet sozusagen auf den Markt und die Gläubigen der Gegend beten, dass es einer kauft, der segensreich damit umgeht. Vielleicht hätte man mal im Kanzleramt anrufen sollen ...

ICH WEISS, DASS DIE FOLGENDE KUNDE nicht zu dem Pfarrhofdeal passt, aber das Leben nimmt heutzutage keine

Theater, Toiletten und Thüringen

Rücksichten auf den guten Geschmack. In Gera erzählt man sich überall, dass es Streit um die Pissoirs gibt. Es fehlt an solchen und nun streiten sie darüber, wer wohin gehen soll oder gehen darf, wenn er mal gehen muss. Als der Baustadtrat gefragt wurde, ob man nicht noch ein paar Toiletten errichten könnte, winkte der ab und sagte, was heute alle sagen: „Kein Geld“. Die Kneipiers, die um „Amtshilfe“ ersucht worden waren, schüttelten die Köpfe. Nun glaubt man einen Ausweg gefunden zu haben, und ich plaudere das hier nur aus, weil ja jeder mal nach Gera geraten kann: Ab sofort übernehmen die Toiletten im Stadtmuseum und die im Kultur- und Kongresszentrum den „Ersatzdienst“. Sie können also ohne Hemmungen ins Museum gehen und ohne ein Ticket zu lösen geradewegs die Toilette ansteuern. Niemand hält sie auf!

IN GREIZ HABEN SIE eine Haushaltssperre verhängt. Das ist zwar nichts Besonderes, aber die Greizer – Fehlbetrag im Augenblick 1,45 Millionen Euro – haben mit einigem Stolz darauf verwiesen, dass

immerhin noch so viel Geld am Lager ist, dass man für 47 500 Euro neue Fenster im Haus 2 des Landratsamtes einsetzen kann. Ein echter Grund zur Freude.

DASS RUDOLSTADT PROBLEME mit seinem Theater bekommen wird, steht so gut wie fest. Wer das liest, sollte wissen: Es wurde 1792 eröffnet! Nicht wissen muss man, dass es in den düsteren DDR-Jahren (1982) saniert und erneuert wurde, aber nun stürzt nicht etwa das Dach ein – wäre doch eine hübsch marode Erklärung für ein in der DDR renoviertes Theater –, sondern der Freistaat Thüringen hat kein Geld mehr für Theater und so hat der zuständige Minister wissen lassen, dass man auch den Etat in Rudolstadt werde drastisch kürzen müssen. (Von 50 Prozent wird geflüstert.) Nur: Da ist kaum mehr was zu kürzen. Jetzt hat die Landrätin die 17 latenten Unternehmen des Landkreises angeschrieben und sie gebeten, dem Ministerpräsidenten einen Brief zu schreiben, dass er das Theater vor dem Untergang bewahren möge. Die Unternehmer waren unlängst schon mal um diesbezügliche

Hilfe gebeten worden. Da hatte sie der Chefpathologe der Saalfelder Thüringen-Klinik um Theaterhilfe gebeten. Wir drücken den Rudolstädtern die Daumen und unterdrücken jeden Gedanken an die Tätigkeit des Pathologen ...

NUR HIOBSBOTSCHAFTEN: In Wolfersdorf wurde die Kurfürstenbrücke gesperrt. Man bedenke: 1551 gebaut, 1913 erneuert und jetzt zuschanden gefahren und – nicht vorzustellen – des herzoglichen Wappens beraubt. Das soll auf dem Flussgrund liegen. Passiert was es, als ein junger Mann neulich nachts über die Brücke pfeiferte, die steinerne Begrenzung rammte ... Würde ich Ihnen die ganze Geschichte erzählen, könnte es Mitternacht werden. Nur soviel: Nun müssen lange Umwege gefahren werden, der Wiederaufbau ist an den Denkmalschutz gebunden und die finanziellen Probleme eskalierten durch den Umstand, dass an der Brückenauffahrt seit 1730 die Grenze zweier Herzogtümer verlief und diese Linie nun die Grenze zwischen den Kreisen Saale-Orla und Saale-Holzland markiert. Und diese Grenze muss überwunden werden – finanziell natürlich. Das Desaster ist absehbar. Wir zogen flugs weiter, damit wir nicht noch in die Affäre verwickelt wurden. • KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 26. September, 18.30 Uhr, Leipzig
Diskussionsforum: *Stirbt früher, wer arm ist? Gesundheitspolitik im Geiste des Neoliberalismus und wachsenden Widerstandes.* Mit Herbert Weisbrod-Frey, Bundesvorstand ver.di; Frank Spieth, Gesundheitsausschuss der Bundestagsfraktion Die Linke, Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D., Leipzig, und Dr. Dietmar Pellmann, Sozialpolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag. In Zusammenarbeit mit AG „Soziale Politik“, ver.di, Fraktion Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag.

Gewerkschaftshaus, Saal, Karl-Liebknecht-Str. 30
Dienstag, 26. September, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Friedrich Schiller – Seine Bedeutung für die heutige Zeit.* Mit Kasia Kruszkowski und Toni Kästner, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Siegfried Bönisch
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 27. September, 18 Uhr, Chemnitz
Islamischer Fundamentalismus – Iran. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig / Klagenfurt
Rothaus e. V., Lohstr. 2

Mittwoch, 27. September, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Mordakte Hariri. Unterdrückte Spuren im Libanon* Mit dem Autor Jürgen Cain Külbel, Berlin. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Völkerverständigung e. V.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 27. September, 18.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Der Krieg gegen den Libanon – ein Eckpfeiler der angestrebten „Neuordnung“ des Nahen Ostens.* Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 27. September, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Das rote China in Weltwirtschaft und Weltpolitik.* Mit Prof. Dr. Theodor Bergmann, Stuttgart ***
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 28. September, 18.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Christ sein heute.* Diskussionsgrundlage: Jonathan Böhm, stud. theol., Universität Leipzig. Eine Veranstaltung von WAK Leipzig.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Freitag, 29. September, 20 Uhr, Döbeln
Lesung im Rahmen der Interkulturellen Woche „Prisma“ im Landkreis Döbeln: *made in Venezue-*

la. Mit dem Autor Raul Zelik, Berlin.

Café Courage, Bahnhofstr. 56

Sonnabend, 30. September, 10.30 Uhr, Leipzig
Kleine Hommage an BERTOLT BRECHT im 50. Todesjahr. TEXTE UND MUSIK: *Es ist ein großer Abstand zwischen ihm und den anderen ...* – Stimmen von Partnerinnen (Lieder und Songs in der Interpretation von Lotte Lenja, Gisela May, Sonja Kehler, Milva, Roswitha Trexler u. a.). Mitwirkende: Christa Gottschalck, Schauspielerin, Christel Hartinger, Literaturwissenschaftlerin, und Luise Wilsdorf, Schauspielerin, Regisseurin.
WISSENSCHAFTS-GESPRÄCH: *Brecht-Forschung nach 1990 – Einblicke und Debatte.* Mit Dr. Erdmut Wizisla, Brecht-Archiv Berlin, Dr. Christel Hartinger und Prof. Dr. Klaus Schuhmann, beide Leipzig. Teilnehmergebühr 5 Euro ***

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10.

Sonnabend, 30. September, 10-15.30 Uhr, Leipzig
Workshop *Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie?* Mit Prof. Dr. Herbert Schui, Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Dr. Jürgen Leibiger, Prof. Dr. Klaus Müller, Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Günter Krause, Prof. Dr. Christa Luft und Prof. Dr. Klaus Steinitz. Anmeldung erforderlich, begrenzte Teilnehmerzahl.
Ratskeller, Kaffeekebinett, Lotterstr. 1

Mittwoch, 4. Oktober, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion *1956: Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – Die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU.* Mit Prof. Dr. Siegfried Prokop, Historiker, Bernau ***

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Sonnabend, 7. Oktober, 9-11 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: *Wendeland. Fakten und Legenden.* Mit der Buchautorin Prof. Dr. Christa Luft, Berlin. ***
Wismut-Haus, Kirchhoffstr. 34-36

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

LINKES FORUM SACHSEN

Unterschiedliche Herkünfte und der Parteineubildungsprozess zwischen Linkspartei und WASG

Podiumsdiskussion mit Thomas Händel, Bundesvorstand der WASG, und Dr. Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der Linkspartei.PDS.
Moderation: Dr. Monika Runge, MdL

Mittwoch, 4. Oktober, 18 Uhr,
Leipzig, Alte Börse, Naschmarkt

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im September neu bei uns:

Ulrich Maurer: *Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken.* Riemann, 18 Euro

Worldwatch Institute: *Zur Lage der Welt 2006. China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft.* Westfälisches Dampfboot, 19,50 Euro

Jürgen Bruhn: *Raubzug der Manager oder die Zerstörung des Sozialstaats.* Europäische Verlagsanstalt, 18 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Agentur für Senioren & Behindertenhilfe Leipzig

Unsere Dienste für Sie



Hauswirtschaft, Fahrdienst, Pflege, Beratung, Wohnungsbetreuung bei Abwesenheit, Veranstaltungsorganisation ...

Sie finden uns: Ellernweg 19, 04179 Leipzig, Tel.: 0341/5501776

Internet: www.leutzscher-zwerge.de

e-mail: sbh@leutzscher-zwerge.de

Bereitschafts-Telefon: 0172/7962906 oder 0162/6954723

Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Leipzig

laden zum Forum

Linke Partei notwendig - aber wie?

mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam und Siegfried Kretschmar

am Dienstag, 26. 9., 18 Uhr,

im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Unsere Genossin

Dr. Margarete Sorgenfrei
beging ihren
96. Geburtstag.

Als langjährige Direktorin der Volkshochschule Leipzig bahnte sie vielen Menschen den Weg zu Studium und Beruf.
Herzlichen Glückwunsch, liebe Margarete!

Ortsverband Leipzig-West der Linkspartei.PDS



GBM Gesellschaft zum Schutz von
Bürgerrecht und Menschenwürde **e.V.**

Ortsverband Leipzig

Die Sprechstunden unseres Ortsverbandes für alle Interessenten, vor allem für Rentner und Rentenanwärter, die Fragen zu Rentenansprüchen aus den Zusatzversicherungen der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz sowie den gesellschaftlichen Organisationen der DDR, aber auch zu anderen Problemen des gesellschaftlichen Lebens haben, finden

jeden ersten Montag (werktags) von 9.30 - 11.00 Uhr,

im **Liebknecht-Haus**, Braustraße 15, in Leipzig statt.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Filmabend-Reihe

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Filmnächte 2006“ läuft am **7. Oktober, 20 Uhr**, der Film *Helden wie wir* im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15, Dachgeschoss

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

28. 9., 16.30 Uhr, Permoserstr. 15 (Straßenbahn 3 und 13): *Besuch der Gedenk- und Begegnungsstätte für die ehemaligen Zwangsarbeiter in der Zeit des Faschismus.* Unser Anliegen: Erinnern für die Zukunft

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistr. Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

23. 9., 16 Uhr: *Welche Zukunft hat Palästina?* Diskussionsforum
28. 9., 15 Uhr: Offenes Café zum Thema *12 000 km mit Bus und Zelt durch Australien.* Dia-Vortrag. Eintritt: 2 Euro

U. S. Levin

Eine erfolgreiche Gegenstrategie

Vertreter hören die haarsträubendsten Ausreden: „Ich habe doch schon drei Lebensversicherungen.“ – „Mit den vielen Reinigungsmitteln könnte ich die ganze Milchstraße putzen.“ – „Eine Schönheitsfarm könnte ich eröffnen mit den ganzen Kosmetikartikeln.“

Überzeugungsarbeit ist also angesagt und so muss der auf Provisionsbasis malochende Klingelputzer alls rhetorischen Register ziehen, um seine nützlichen Wegwerfprodukte an den Mann oder die Frau zu bringen.

Auch mir und meiner Frau erging es nicht anders. Nicht genug, dass wir Kinder Gottes, den Hara Krishnas, den Zeugen Jehovas und anderen Insekten beigetreten waren. Seit geraumer Zeit stehen vier Hand- und zwei Bodenstaubsauger in unseren Diensten. Das Brühvolumen all unserer Kaffeemaschinen rechnen wir in Hektolitern und Besteckkästen haben sich inzwischen derart aufgetürmt, dass die darin enthaltenen Utensilien zur Ausrichtung des Oktoberfestes reichen würden, ohne Abwasch versteht sich.

Eines Tages war ich allein. Meine Frau besuchte ihren Vater im Pflegeheim. Plötzlich klingelte es und ich steckte den Kopf, wie gesagt nur den Kopf, aus dem Küchenfenster. Unten stand ein adrett gekleideter Herr mit grau meliertem Haar.

„Mich schickt die Firma Gabelstapler, Marktführer in der Besteckbranche. Wir möchten Ihnen und selbstverständlich Ihrer verehrten Gattin unsere neueste Kollektion vorstellen, wunderschöne Einzelstücke, alles solide gearbeitet.“

„Meine Frau ist im Pflegeheim“, sagte ich

wahrheitsgemäß. „Gott nein, wie schrecklich“, bedauerte der Herr aufrichtig und fügte hinzu, „die arme Frau.“

„Ich habe keine arme ...“ Das Wort Frau blieb unausgesprochen.

„Oh, dann entschuldigen Sie vielmals die Störung! Unsere Bestecke nützen Ihnen ja nichts, wenn Ihre Frau im Pflegeheim ist und Sie keine Arme haben.“

In diesem Moment fiel bei mir der Groschen und ich hatte eine wirkungsvolle Abwehrstrategie gefunden.

Schon am nächsten Tag meldete sich das Telefon. Eine angenehme Frauenstimme stellte sich und ihre Firma vor.

„Kennen Sie das Burgenland?“

Aha, schoss es mir durch den Kopf, jetzt will man uns eine Reise andrehen. „Seit fünfzehn Jahren verbringen wir unsere Ferien dort. Uns grüßen schon die Murmeltiere.“

„Toll, Herr Levin. Dann wissen Sie ja auch, dass das Burgenland zu den größten Weinanbaugebieten Österreichs gehört.“

„Ich liebe diese Weine.“

Ich sah förmlich, wie meine unsichtbare Telefonpartnerin feuchte Augen bekam.

„Welche Weine bevorzugen Sie denn, weiße oder rote ...“

„Um ganz ehrlich zu sein, fiel ich ihr ins Wort, „mein Arzt hat mir das Trinken verboten – seitdem ich trocken bin.“

„Oh, das tut mir leid. Und ihre Frau?“

„Ist noch in der Klinik.“

„Was fehlt ihr denn?“

„Eine neue Leber.“

„...“ – Aufgehängt.

Vermutlich nur den Hörer.

Wer hat den Schaden ?

Auf einer Streikversammlung der Belegschaft, die sich seit Wochen der angekündigten Betriebsschließung widersetzt, legte der Gewerkschaftssekretär plötzlich einen Sozialplan vor, der nur höhere Abfindungen und eine Qualifizierungsgesellschaft verlangte und den Kampf damit verloren gab. Der Betriebsratsvorsitzende, der den Entwurf mit ausgearbeitet hatte, versuchte den Unmut der Beschäftigten zu dämpfen.

„Das ist nun mal leider so“, sagte er. „Jede Auseinandersetzung endet mit einem Kompromiss. Und ein Kompromiss ist dann akzeptabel, wenn er allen Seiten wehtut.“

„Ach so“, schrie ein aufgebracht Arbeiter, „dann freut sich die Geschäftsleitung, weil dieses Angebot sie schmerzt, und wir sind wütend, weil der Sozialplan uns begeistert?“

• ERFUNDEN (?) VON NORBERT BITTNER

Wo sind in Leipzig diese „Gaffköpfe“ zu sehen



?



Am Hauptportal des Alten Rathauses

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die Kinder ziehen sich logischerweise aus einer Gesellschaft zurück, in der sie nicht angemessen gewürdigt werden.

Prof. Gertrud Höhler zum Geburtenrückgang ZDF 12. 9.

Es ist überhaupt nicht nötig, hierzulande moralische Werte ständig religiös einzuzubinden. Diese Werte sind kein Monopol der Kirche ...

Live-Diskussion zum Papstbesuch. DLF 13. 9.

Erschien früher ein Werk im Vorabdruck, und ich hatte es als Literaturredakteur zu verantworten, dann fragte ich immer: „Sind Schweinereien drin?“

Eingeständnis des „prüden“ Marcel Reich-Ranicki. FAZ 14. 9.

Deutschlands Indianer wohnen im Nordosten der Bundesrepublik – genauer in Vorpommern. Diesen ungewöhnlichen Vergleich erlaubt eine Langzeitstudie der Universität Greifswald. Eines der Ergebnisse zeigt, dass die Vorpommern fast ebenso häufig an

Gallensteinen zu leiden haben wie die amerikanischen Ureinwohner.

ND 15. 9.

Dass in Deutschland Frau Erika Steinbach, die Tochter eines ehemaligen Unteroffiziers, der Polen besetzte, sich nun Vertriebene nennen darf, kann ich nicht verstehen ...

Bronislaw Geremek (ehemaliger polnischer Außenminister) DLF 15. 9.

Die Brühl-Verhüllung von Michael Fischer-Art erhitzt die Gemüter. Der Unmut gegen die Arroganz des Selbstvermarkters wächst.

Kreuzer 9/2006

Nachdem das Gammelfleisch einige Tage durch die Presse gedreht worden war, drängte Horst Seehofer auf „bundesweit einheitliche Standards“. Solche Standards gibt es längst, doch irgendetwas muss ein Minister der Öffentlichkeit ja anbieten.

FREITAG 37/2006

• Entdeckt von
MICHAEL ZOCK

Anzeige

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de

Herbstzeitloses

Herbst

(Entstanden aus dem mittelhochdeutschen Herbst bzw. dem niederdeutschen Harst. Bedeutete ursprünglich: „Am besten zu schneiden“.)

Der Herbst steht auf der Leiter und malt die Blätter an ... ein lust'ger Waldarbeiter, ein froher Malersmann.

(Seit 1971 ein Hauff/Henkler-Hit)

Dies ist ein Herbsttag, wie ich keinen sah!

(Geflügelte Worte aus dem 1842 entstandenen „Herbstbild“ von Friedrich Hebbel)

Goldener Herbst
Herbst des Lebens

(Gern und oft gebrauchte poetische Umschreibungen)

Herbstpunkt

(Äquinoktialpunkt in der Astronomie. Auch als Waagepunkt bezeichnet. Geht auf die Tag- und Nachtgleiche des Herbstanfangs zurück)



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

19. September

Die nächste Ausgabe erscheint am

6. Oktober

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40